

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

**Veränderungen der gesellschaftlichen
Rahmenbedingungen für die
Familienpolitik**

Befragungen im Rahmen der demoskopischen Begleitforschung
des BMFSFJ

INHALT

VORBEMERKUNG	3
DIE FAMILIE BLEIBT DER ZENTRALE LEBENSBEREICH.....	5
WEITGEHEND STABILE KINDERWÜNSCHE.....	7
DIE ROLLENBILDER VON VÄTERN UND MÜTTERN VERÄNDERN SICH	11
WIE SICH DIE VERÄNDERTEN ROLLENIDEALE AUSWIRKEN.....	20
WAS ELTERN WICHTIG IST	26
FAMILIENPOLITISCHE ERWARTUNGEN DER BEVÖLKERUNG	35
WAHRNEHMUNGEN UND BEURTEILUNGEN DER FAMILIENFÖRDERUNG	41
Das Starke-Familien-Gesetz.....	41
Elterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus.....	44
Förderung von Kindern und Ausbau der Betreuungsangebote für Grundschüler.....	50
DIGITALE UNTERSTÜTZUNG DER FAMILIENFÖRDERUNG	55

ANHANG

Anhangschaubilder

Untersuchungsdaten der Umfrage 12007

Statistik der befragten Personengruppen

Dokumentation der Schaubilder zum Starke-Familien-Gesetz
und zum Elterngeld im Interview

VORBEMERKUNG

Die Familien in Deutschland verändern sich. Zum einen verschieben sich Rollenbilder und Verhaltensmuster. Mütter sind häufiger berufstätig als noch vor einer Generation, Väter beteiligen sich stärker in der Familie, für Kinder werden öfter Angebote zur Betreuung und Förderung genutzt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit zu einem großen Anliegen für viele. Zum anderen wird aber auch mehr Unterstützungsbedarf für bestimmte Gruppen von Familien gesehen; dazu gehören insbesondere Familien von Alleinerziehenden und Familien, in denen die Eltern nur kleine Einkommen erzielen.

Die Familienpolitik steht damit weiter vor der Aufgabe, Veränderungen in den Lebenswirklichkeiten und damit auch Bedarfen aufmerksam zu verfolgen und darauf zu reagieren.

In den zurückliegenden 15 Jahren hat die Politik bereits auf veränderte Realitäten und Wünsche von Familien reagiert, u.a. durch Kindergelderhöhungen, die Einführung von Elterngeld und ElterngeldPlus, den Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige oder auch durch das Bildungs- und Teilhabepaket für finanziell schwache Familien. Mit den aktuellen Gesetzen zur Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur Stärkung von Familien mit kleinen Einkommen wird daran angeknüpft: Das Gute-KiTa-Gesetz soll die Qualität der Betreuungsangebote verbessern und Eltern von Gebühren entlasten; mit dem Starke-Familien-Gesetz sollen Familien mit kleinen Einkommen gezielt unterstützt werden und ihre Kinder bessere Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

In einer Reihe von Bevölkerungsumfragen wurde jetzt ermittelt, wie sich die Vorstellungen und Einstellungen von Eltern wie auch der Bevölkerung rund um Familie und Familienpolitik weiterentwickelt haben. Dazu führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH zwischen Februar und Juli 2019 im Auftrag des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND vier Kurzumfragen durch. Themen waren u.a. die Rollenbilder von Müttern und Vätern, Wünsche für die Aufgabenteilung in den Familien sowie Erwartungen an die Familienpolitik und Bewertungen.

Die Fragen wurden jeweils im Rahmen von mündlich-persönlichen Allensbacher Mehrthemenumfragen zwischen dem 1. Februar und dem 15. August 2019 gestellt (1.-13. Februar.; 7.-21. März; 20. Mai-4. Juni; 28. Juni.-11. Juli, 2.-15. August). Bei diesen Umfragen befragten jeweils etwa 400 Interviewer im gesamten Bundesgebiet rund 1.200 Personen ab 16 Jahre. Die gewichteten Gesamtergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten. Im Anhang werden Methode und Repräsentativität für eine dieser Umfragen dargestellt.

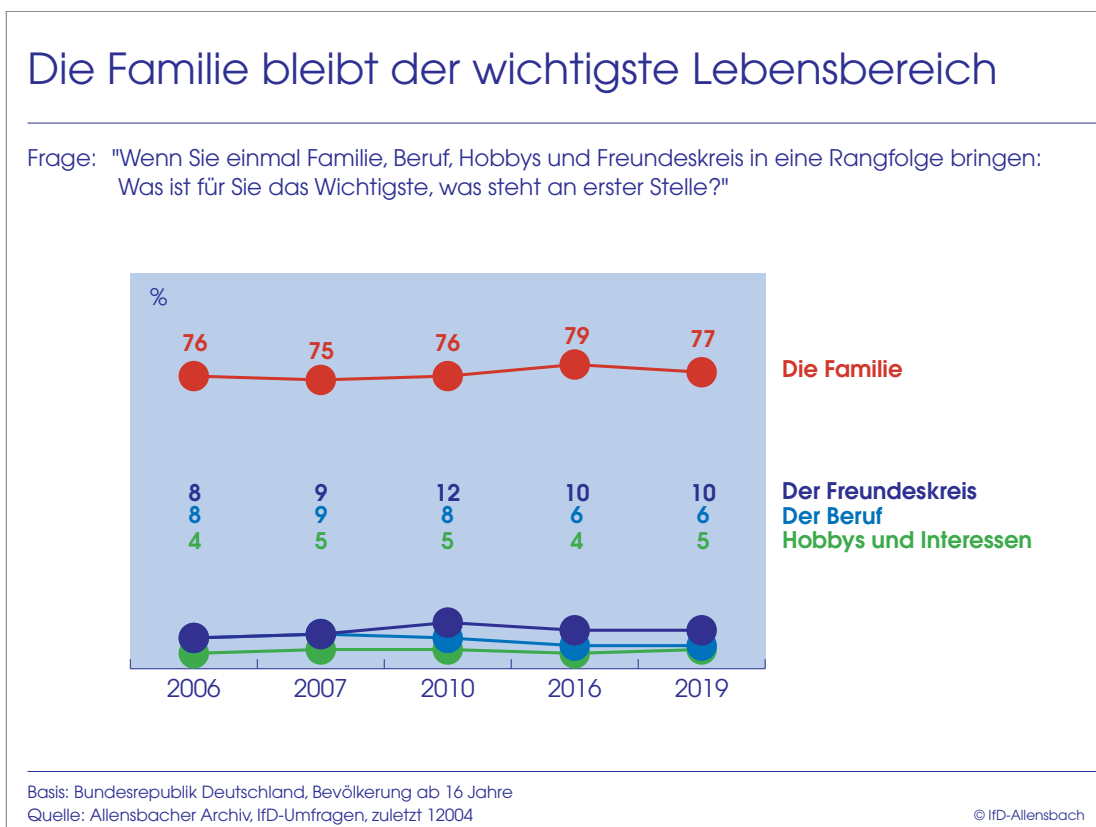
Allensbach am Bodensee,
September 2019

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

DIE FAMILIE BLEIBT DER ZENTRALE LEBENSBEREICH

Unverändert weisen über drei Viertel der Bevölkerung der Familie den ersten Rang in ihrem Leben zu (77 Prozent), noch vor dem Beruf (6 Prozent), dem Freundeskreis (10 Prozent) oder Hobbys und persönlichen Interessen (5 Prozent). Auch wenn sich im Alltag konkurrierende Ansprüche zeitweilig in den Vordergrund drängen, steht der grundsätzliche Vorrang der Familie für die allermeisten doch außer Frage. Diese Haltung hat sich seit 2006 kaum verändert. Nur der Beruf, der 2006 noch ebenso häufig genannt wurde wie der Freundeskreis, wird jetzt etwas seltener genannt als dieser. (Schaubild 1).

Schaubild 1



Dabei wird die Familienorientierung durch die Elternschaft erkennbar verstärkt. Während 91 Prozent aller Mütter und Väter die Familie an die erste Stelle setzen, tun das

von den Kinderlosen insgesamt nur 52 Prozent. Weitaus häufiger als Eltern nennen die Kinderlosen den Freundeskreis als zentralen Lebensbereich (21 Prozent). Einige orientieren sich auch besonders in Richtung ihres Berufes (12 Prozent) oder ihrer persönlichen Interessen (11 Prozent). Das sieht bei jüngeren Kinderlosen, die sich Kinder wünschen, nicht grundsätzlich anders aus als bei den übrigen Kinderlosen. Von diesen zukünftigen Eltern setzen vor der Geburt ihrer Kinder erst 54 Prozent die (Herkunfts-)Familie an die erste Stelle. Mit der Elternschaft ist also offenbar für viele auch eine Veränderung ihrer Lebensausrichtung verbunden.

WEITGEHEND STABILE KINDERWÜNSCHE

Seit 2013 haben sich sowohl die Zahl der Geburten als auch die Geburtenquote für die Frauen in Deutschland deutlich erhöht. So wuchs die Zahl der Geburten zwischen 2013 und 2017 von rund 680.000 auf rund 787.000. Die zusammengesetzten Geburtenziffer/Geburtenrate¹ nahm in diesem Zeitraum von 1,49 auf 1,57 zu.²

Diese Veränderungen wurden durch verschiedene Faktoren beeinflusst; u.a. haben Frauen in Deutschland wieder mehr Kinder geboren, vor allem mehr zweite und dritte Kinder, und die familienfreundlichen Haltungen in der Gesellschaft haben zugenommen. So wuchs schon einige Jahre vor dem Anstieg der Geburtenziffern unter jüngeren Kinderlosen der Anteil derer, die drei oder mehr Kinder als ideal für eine Familie betrachten. 2007 sahen erst 11 Prozent der jüngeren Kinderlosen drei oder mehr Kinder als ideale Kinderzahl für eine Familie. 18 Prozent sprachen sich für maximal ein Kind aus, 8 Prozent fanden, man könne auch ganz ohne Kinder gut leben. Mehrheitlich betrachteten die jungen Kinderlosen zwei Kinder als ideale Zahl (63 Prozent). Der errechnete Durchschnittswert der idealen Kinderzahl lag damit bei 1,8. Bis 2012 hatten sich diese Einstellungen spürbar geändert. Zwar war das Ideal von zwei Dritteln weiterhin die Zweikindfamilie (67 Prozent). Aber jetzt hielten 22 Prozent drei oder mehr Kinder für ideal, nur 8 Prozent präferierten ein Einzelkind und nur 3 Prozent betrachteten den Verzicht auf Kinder als ideal. Damit lag der durchschnittliche Idealwert bei 2,1.

Nach den Ergebnissen der aktuellen Umfrage haben sich diese Vorstellungen geringfügig zurückentwickelt. Zwar finden auch unter den jüngeren Kinderlosen des Jahres 2019 noch immer 22 Prozent drei oder mehr Kinder ideal. Etwas häufiger als 2012 sprechen sich diese unter 30-Jährigen jedoch für nur ein Kind aus (14 Prozent). Der Durchschnittswert liegt damit bei 2,0 (Schaubild 2).

¹ *Zahl der Kinder, die Frauen im Alter von 15 Jahren im Verlauf ihres weiteren Lebens durchschnittlich bekommen würden, wenn sie sich hinsichtlich ihres Geburtenverhaltens so verhalten würden wie alle betrachteten Frauen von 15 bis 49 Jahren des entsprechenden Berichtsjahres.*

² *Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 420 vom 31. Oktober 2018.*

Die Zweikind-Familie bleibt für viele das Ideal							
Frage: "Was ist für Sie die ideale Größe einer Familie – ich meine wie viele Kinder (falls überhaupt)?"							
	Bevölkerung insgesamt			Kinderlose unter 30 Jahren			
	2007 %	2012 %	2019 %	2003 *) %	2007 %	2012 %	2019 %
Es finden ideal –							
keine Kinder	4	1	4	5	8	3	5
ein Kind	10	7	13	16	18	8	14
zwei Kinder	66	68	64	63	63	67	59
drei oder mehr Kinder	20	24	19	16	11	22	22
	100	100	100	100	100	100	100
im Durchschnitt	2,1	2,2	2,0	1,9	1,8	2,1	2,0
*) Ab 18 Jahre							
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren mit konkreten Angaben Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12005							
© IfD-Allensbach							

Sowohl unter den jüngeren Kinderlosen als auch in der Gesamtbevölkerung befürworten überdurchschnittlich häufig Personen mit höherer Bildung größere Familien mit drei oder mehr Kindern. Erkennbar ist zudem ein deutliches Land-Stadt-Gefälle: Während die durchschnittliche ideale Kinderzahl für die Bewohner größerer Städte nur bei 1,9 liegt, beträgt dieser Wert für die Bewohner kleinerer Orte mit weniger als 10.000 Einwohnern 2,1. Am häufigsten sprechen sich Personen mit Migrationshintergrund für größere Familien aus (Durchschnittswert der idealen Kinderzahl: 2,2).

In den zurückliegenden 15 Jahren nahmen auch die konkreten Kinderwünsche von jüngeren Kinderlosen zu. 2003 erklärten erst 49 Prozent der jüngeren Kinderlosen, dass sie bestimmt Kinder wollten. 40 Prozent hatten noch keine festen Kinderwünsche, mochten Kinder für sich aber auch nicht ausschließen. Lediglich 11 Prozent hatten die Idealvorstellung eines Lebens ohne Kinder. Bis 2011 nahm dann der Anteil der Jüngeren mit festen Kinderwünschen bis auf über 60 Prozent zu. Mit kleineren

Schwankungen verharrt der Wert bis heute auf diesem Niveau. Derzeit wünschen sich 63 Prozent der Kinderlosen unter 30 Jahren für später "bestimmt" eigene Kinder, 27 Prozent "vielleicht". 10 Prozent möchten keine Kinder (Schaubild 3).

Schaubild 3

Kinderwünsche junger Kinderloser								
Frage: "Möchten Sie einmal Kinder haben, oder möchten Sie keine?"								
	Kinderlose unter 30 Jahren							
	2003	2005	2007	2008	2011	2013	2014	2019
	%	%	%	%	%	%	%	%
Möchte bestimmt Kinder	49	55	56	58	68	65	61	63
Möchte vielleicht Kinder	40	33	34	35	27	30	32	27
Möchte keine Kinder	11	12	10	7	5	5	7	10
	100	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Kinderlose von 16 bis 29 Jahren mit konkreten Angaben
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12005

© IfD-Allensbach

Unter den etwas älteren Kinderlosen äußern dann zwar schon weniger konkrete Kinderwünsche. Doch auch von den 30- bis 44-jährigen Kinderlosen wünschen sich noch 25 Prozent bestimmte Kinder und 29 Prozent "vielleicht".

Ein Leben ohne Kinder wird dagegen nur von 10 Prozent der Kinderlosen unter 30 Jahren präferiert, von 13 Prozent der jungen Männer und von 7 Prozent der jungen Frauen³; dieser Anteil liegt deutlich unter dem Anteil von 20 Prozent der Frauen⁴ und 28 Prozent der Männer⁵, die derzeit dauerhaft kinderlos bleiben. Von daher steht die Familienpolitik auch weiterhin vor der Aufgabe, die Verwirklichung von Kinderwünschen zu erleichtern. Gerade weil viele zunächst eher unbestimmte Kinderwünsche haben und die Elternschaft längst nicht von allen als festes Lebensziel betrachtet und ganz bewusst angestrebt wird, kommt es für die Politik darauf an, mögliche Hindernisse und Schwierigkeiten für die Konkretisierung solcher Wünsche zu reduzieren.

³ *Kleine Fallzahlen, Indikatorbefunde.*

⁴ *Vgl. Statistisches Bundesamt: Die Kinderlosigkeit in Deutschland ist nicht weiter gestiegen. Pressemitteilung Nr. 254 vom 26. Juli 2017.*

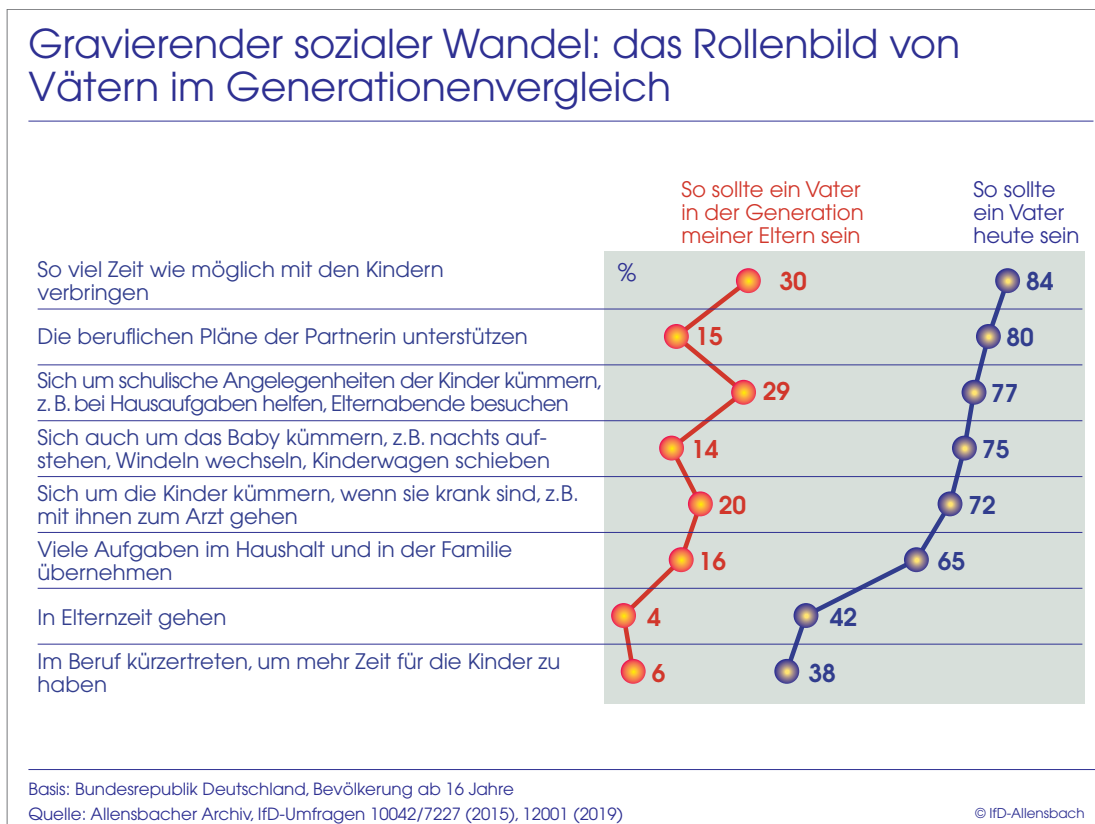
⁵ *Allensbacher Archiv, AWA 2019: Anteil der Kinderlosen unter den heute 45-bis 49-jährigen Männern; d.h. bezogen auf die Jahrgänge 1970 bis 1974.*

DIE ROLLENBILDER VON VÄTERN UND MÜTTERN VERÄNDERN SICH

Dabei sieht die Elternschaft heute in mancher Hinsicht anders aus als noch vor einer Generation. Seit Jahrzehnten verändern sich die Rollenbilder von Müttern und Vätern, die Erwartungen an das Verhalten bestimmen. Bei einer ersten Messung solcher Normen im Jahr 2015 wurden bereits erhebliche Unterschiede der aktuellen Rollenbilder von Müttern und Vätern zu den erinnerten Rollenbildern in der Generation der eigenen Eltern beschrieben. Wenn man die 2019 erneut erhobenen aktuellen Erwartungen an Väter und Mütter mit den 2015 ermittelten Erinnerungen an die Rollenbilder der eigenen Eltern gegenüberstellt, werden die wahrgenommenen Veränderungen noch einmal deutlich erkennbar.

Von der heutigen Vätergeneration wird danach ungleich häufiger als von der vorangegangenen Generation erwartet, verständnisvoll zu sein (aktuelles Bild 94 Prozent, erinnertes Bild 56 Prozent), so viel Zeit wie möglich mit den Kindern zu verbringen (aktuelles Bild 84 Prozent, erinnertes Bild 30 Prozent) und die beruflichen Pläne der Partnerin zu unterstützen (aktuelles Bild 80 Prozent, erinnertes Bild 15 Prozent). Zudem wird weitaus häufiger erwartet, dass Väter viele Aufgaben im Haushalt und in der Familie übernehmen, sich auch um das Baby oder die Hausaufgaben der Schulkinder kümmern.

Dahinter scheinen zwei Idealvorstellungen auf: Zum einen werden enge Bindungen zwischen Vater und Kindern angestrebt, die durch das emotionale Band und gemeinsame Erlebnisse befestigt werden sollen. Der Vater soll durch sein Vorbild erziehen (93 Prozent, vgl. Schaubild 8); dazu muss er aber auch im Alltag der Familie präsent sein. Zum anderen wird das Rollenbild des Vaters offenbar durch das Ziel der Partnerschaftlichkeit bestimmt, die sich in Kompromissbereitschaft sowie in der Entlastung der Partnerin von Aufgaben in der Familie und in der Unterstützung ihrer beruflichen Pläne erweist (Schaubild 4).

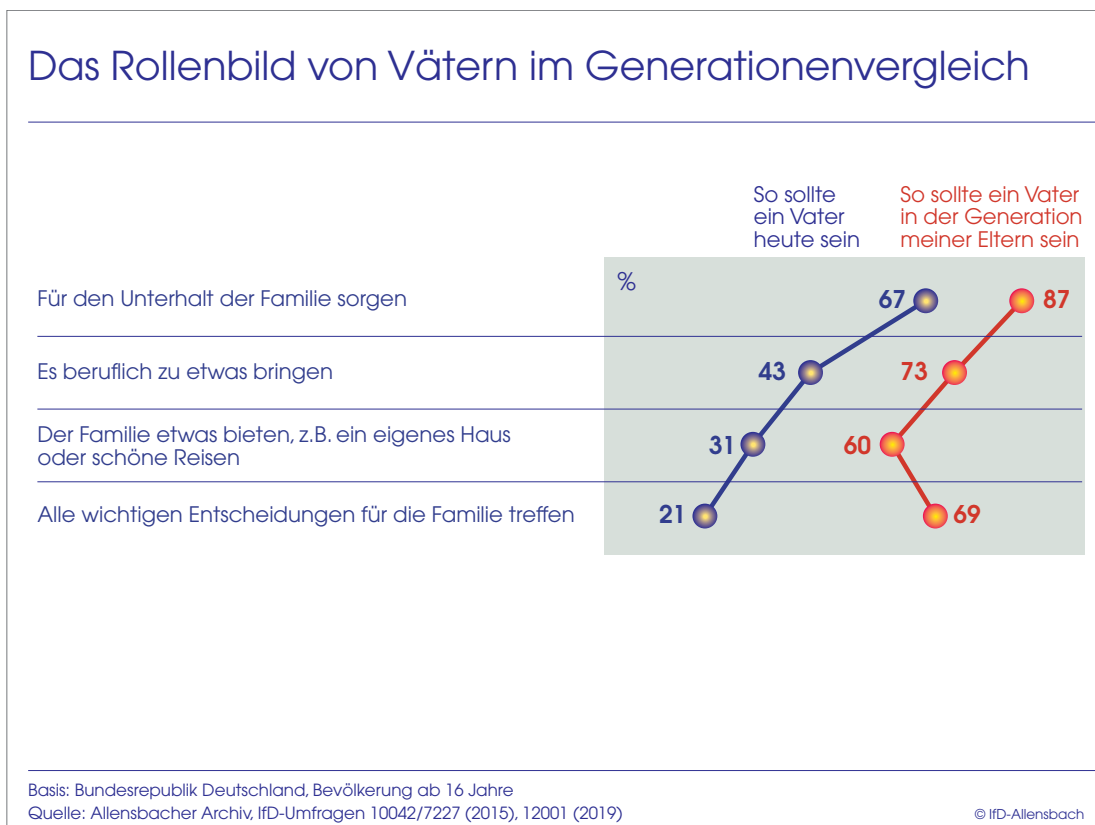


Einige der Erwartungen im früheren Rollenbild der Väter haben dagegen an Gewicht verloren. Das betrifft vor allem die Rolle des Vaters als dominierendes Familienoberhaupt. Während 69 Prozent der Bevölkerung aus der Generation ihrer Eltern berichten, dass die wichtigen Entscheidungen in der Familie vom Vater erwartet worden seien, äußern heute nur noch 21 Prozent den Anspruch, dass der Vater die Verantwortung für alle wichtigen Entscheidungen allein tragen sollte.

Auch Erwartungen, dass Väter beruflich besonders erfolgreich sein sollten, haben etwas an Bedeutung verloren. Zwar verlangen auch heute noch beträchtliche Teile der Bevölkerung von den Vätern, im Beruf erfolgreich zu sein und der Familie etwas Besonderes zu bieten (43 bzw. 31 Prozent). Nicht zuletzt viele Väter selbst legen beträchtliches Gewicht auf den Erfolg im Beruf als Teil ihres Selbstverständnisses. Gleichwohl werden solche Erwartungen signifikant seltener dem aktuellen Rollenbild zugerechnet als dem erinnerten Rollenbild der Väter in der Elterngeneration.

Deutlich weniger haben sich allerdings die grundsätzlichen Erwartungen verringert, dass Väter berufstätig sind (75 Prozent) und für den Unterhalt der Familie sorgen (67 Prozent; Schaubild 5). Auch ein Kürzertreten im Beruf zugunsten der Kinderbetreuung erwarten erst 38 Prozent der Gesamtbevölkerung von den Vätern (vgl. Schaubild 10). Die gewachsenen familiären Erwartungen reduzieren die Erwartungen an die Ernährerrolle der Väter also nur geringfügig. Damit richten sich heute in der Summe eher mehr unterschiedliche Erwartungen an Väter als in den vorangegangenen Generationen.

Schaubild 5

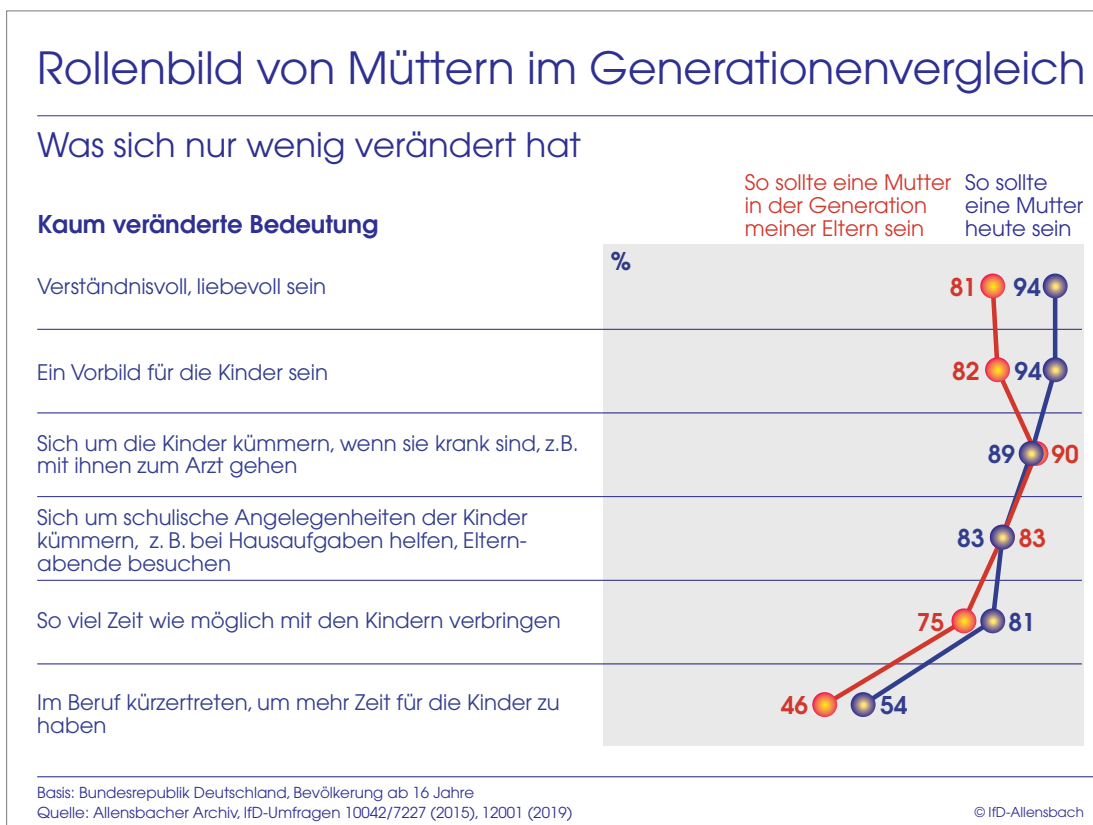


Von Müttern wird unverändert ein besonderer Schwerpunkt bei der Betreuung und Erziehung der Kinder erwartet. Hier werden kaum Unterschiede zum Rollenbild der Mütter in den älteren Generationen gesehen. 94 Prozent der Gesamtbevölkerung haben die Idealvorstellung der verständnisvollen und liebevollen Mutter. 81 Prozent denken,

die Mutter sollte so viel Zeit wie möglich mit den Kindern verbringen. Das schließt für 89 Prozent die Pflege der kranken Kinder und für 83 Prozent die Beschäftigung mit den schulischen Angelegenheiten der Kinder wie z.B. die Hilfe bei den Hausaufgaben mit ein. Für etwa die Hälfte der Bevölkerung bedeutet das auch, dass die Mutter beruflich kürzertreten sollte, um mehr Zeit für die Kinder zu haben (54 Prozent).

Im Vergleich mit dem erinnerten Rollenbild von Müttern in der Generation der eigenen Eltern zeigen sich bei allen diesen Punkten allenfalls geringfügige Veränderungen (Schaubild 6).

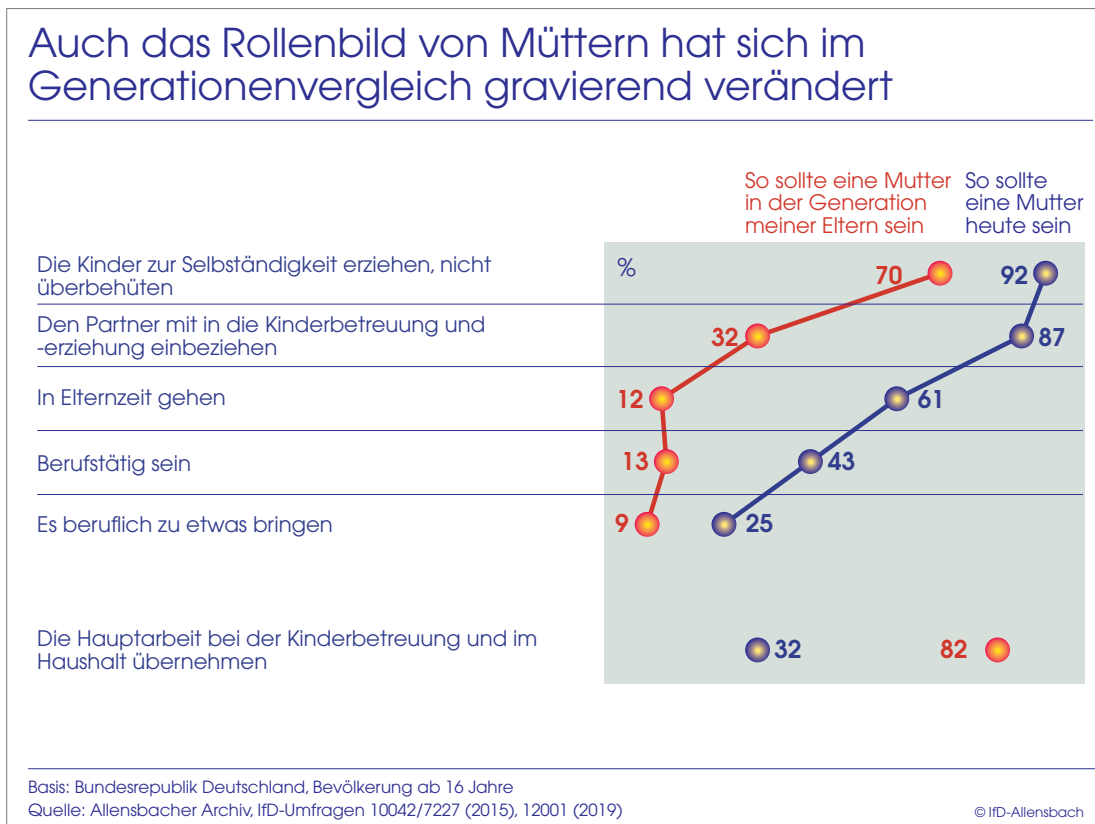
Schaubild 6



Deutliche Veränderungen des Rollenbilds nimmt die Bevölkerung jedoch wahr, wenn es um die Erwerbstätigkeit von Müttern und um deren Rolle in der Partnerschaft geht. Die bedeutsamste Veränderung ist die zunehmende Verankerung der Berufstätigkeit. Nur 13 Prozent denken, eine Berufstätigkeit habe früher zum Rollenbild der Mütter

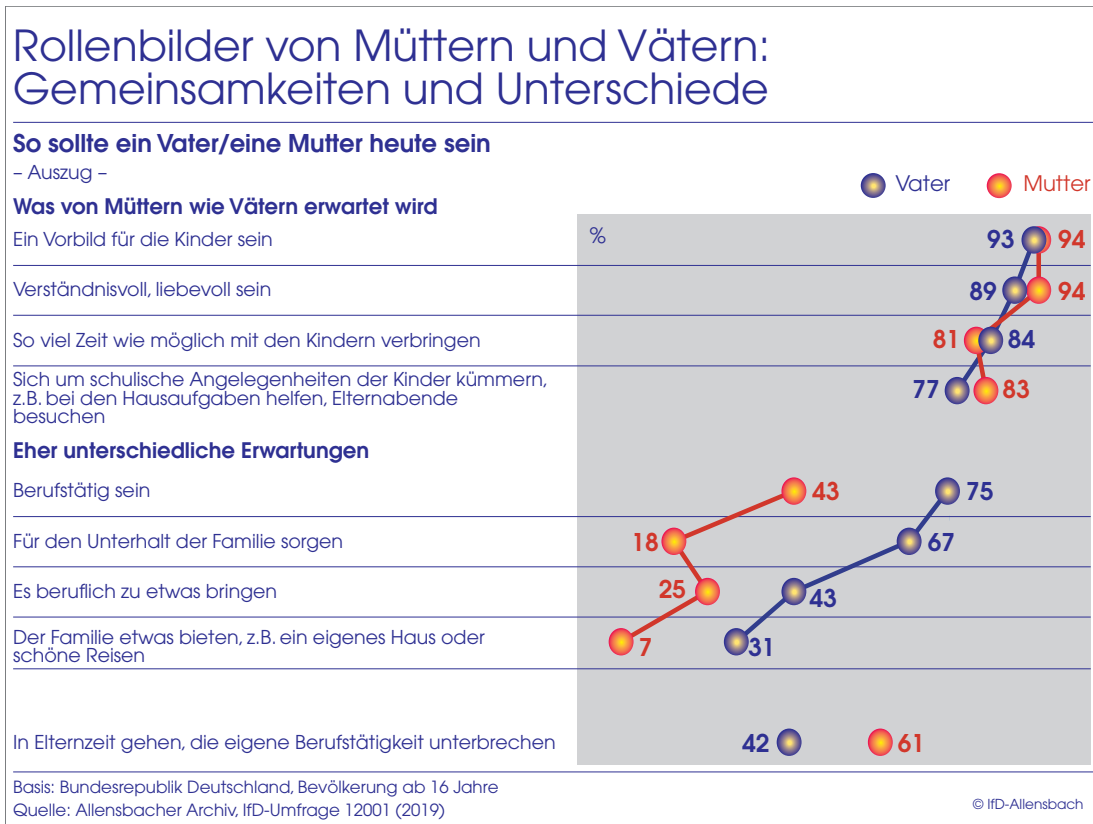
gehört. Dass man heute von einer Mutter erwarten könne, berufstätig zu sein, erklären dagegen 43 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von den Müttern minderjähriger Kinder selbst finden das sogar 53 Prozent. Die Berufstätigkeit von inzwischen rund 70 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern ergibt sich also nicht allein aus Erwerbsnotwendigkeit. Vielmehr gehört es für eine Mehrheit der Mütter ganz selbstverständlich zum eigenen Rollenbild, auch berufstätig zu sein.

Wenn die Mütter auch so viel Zeit wie möglich mit den Kindern verbringen sollen (81 Prozent), erwarten derzeit nur noch 32 Prozent der Bevölkerung explizit, dass die Mütter die Hauptarbeit bei der Kinderbetreuung und der Hausarbeit übernehmen. Solche Zuständigkeitsvorstellungen sind stark zurückgegangen. Für die ältere Generation erklären dagegen 82 Prozent, dass die Übernahme des Großteils der Kinderbetreuung damals ganz selbstverständlich von den Müttern verlangt worden sei. Dagegen nehmen Erwartungen einer gleichmäßigen Aufteilung der Familienarbeit zwischen beiden Elternteilen erkennbar zu: So finden 87 Prozent der Bevölkerung, dass Mütter den Partner in Betreuung und Erziehung der Kinder bewusst mit einbeziehen sollten. Für die Elterngeneration sehen lediglich 32 Prozent eine entsprechende Erwartung. (Schaubild 7).



Trotz der bedeutsamen Verschiebungen bleibt ein Teil der traditionellen Rollenmuster für den Raum außerhalb der Familie im Kern erhalten: Von den Vätern wird eher als von den Müttern die Unterhaltssicherung für die Familie erwartet, von den Müttern – auch wenn sie nach Ansicht eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung ebenfalls berufstätig sein sollen – eher eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zur Betreuung der Kinder in einer ersten Phase nach der Geburt.

Für das Verhalten im Binnenraum der Familie richten sich jedoch ähnliche zentrale Rollenerwartungen an Mütter und Väter: Beide sollen so viel Zeit wie möglich mit ihren Kindern verbringen, sich um deren schulische Angelegenheiten kümmern und ihnen liebevolle Vorbilder sein (Schaubild 8).

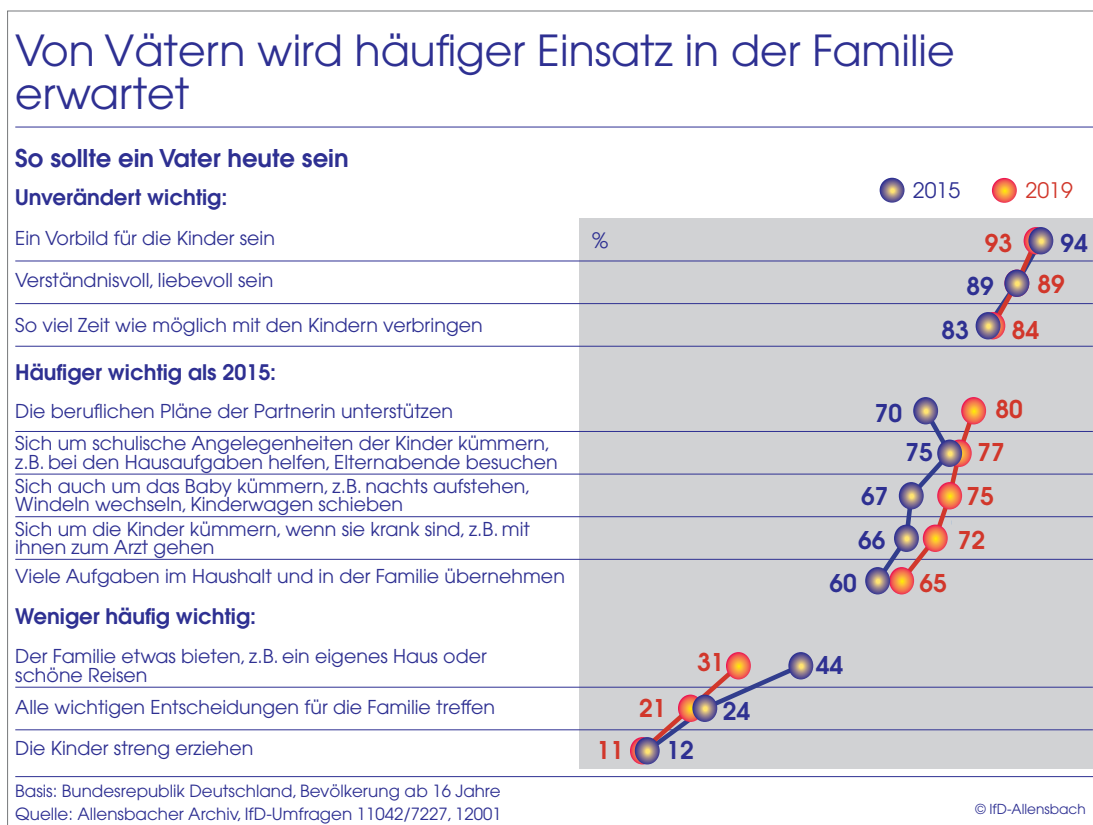


Die hier dargestellten starken Unterschiede zwischen den Rollenbildern der Generationen werden durch Kontrastierungseffekte pointiert. Dass dahinter aber tatsächlich erhebliche Veränderungen stehen, die auch jetzt noch weitergehen, zeigt der Vergleich der 2015 gemessenen Erwartungen mit den Ergebnissen von 2019, insbesondere im Hinblick auf das Verhalten der Väter. Dabei werden heute insbesondere für Väter signifikant mehr Erwartungen genannt, sich im Familienalltag zu beteiligen, als noch vor vier Jahren. Zudem wachsen auch die Erwartungen an das partnerschaftliche Verhalten der Väter.

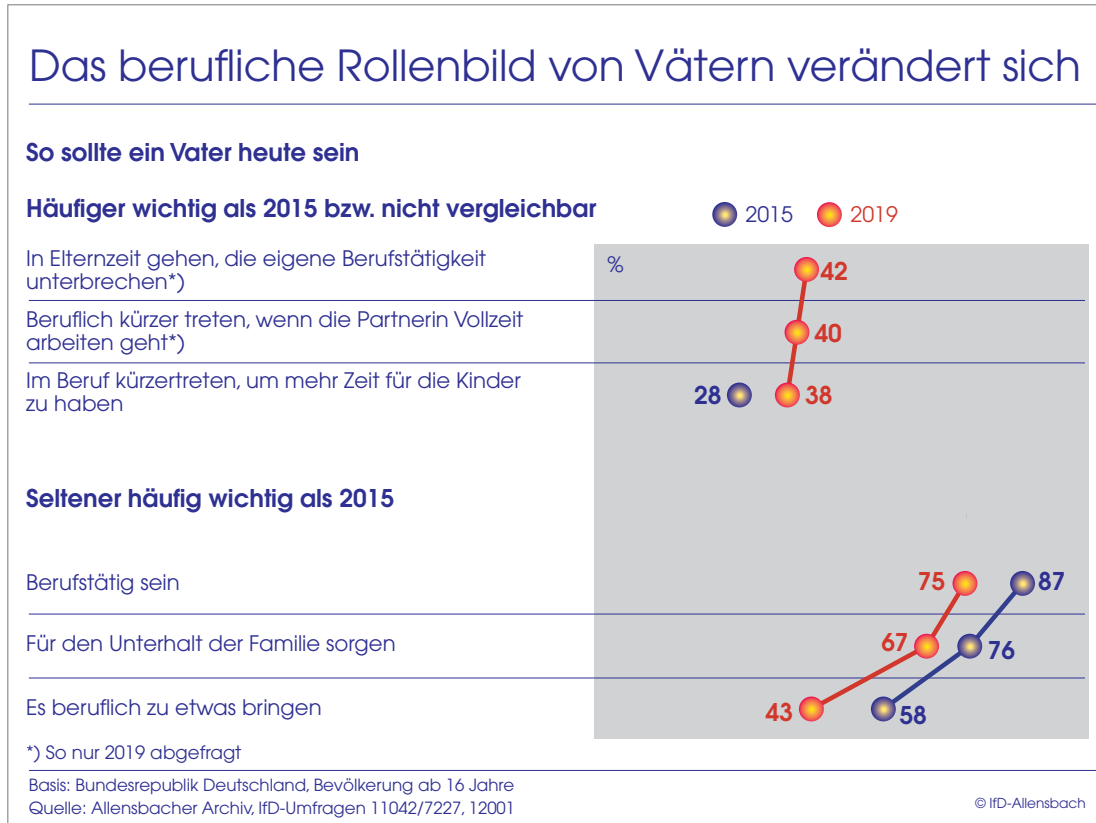
So erwartet die Bevölkerung heute von Vätern jeweils häufiger als noch 2015, dass sie die beruflichen Pläne ihrer Partnerinnen unterstützen (80 Prozent), dass sie sich um die schulischen Angelegenheiten der Kinder kümmern (77 Prozent), dass sie sich bereits an der Betreuung von Babys intensiv beteiligen (75 Prozent), auch kranke Kinder

betreuen (72 Prozent) und generell viele Aufgaben im Haushalt und in der Familie übernehmen (65 Prozent). Dabei sollen sie den Kindern weiterhin als Vorbild dienen (93 Prozent), aber nicht als unnahbare Instanz, sondern verständnis- und liebevoll (89 Prozent). Mit ihren Kindern sollen sie soviel Zeit wie möglich verbringen (84 Prozent). (Schaubild 9).

Schaubild 9



Im Hinblick auf den Beruf wird von Vätern heute häufig erwartet, nach der Geburt eines Kindes in Elternzeit zu gehen und die Berufstätigkeit dafür zu unterbrechen (42 Prozent). Häufiger als 2015 wird Vätern nahegelegt, im Beruf kürzerzutreten, um mehr Zeit für ihre Kinder zu haben (38 Prozent). 40 Prozent würden ein solches Kürzertreten im Beruf von den Vätern auch dann erwarten, wenn ihre Partnerinnen Vollzeit arbeiten gehen (Schaubild 10).



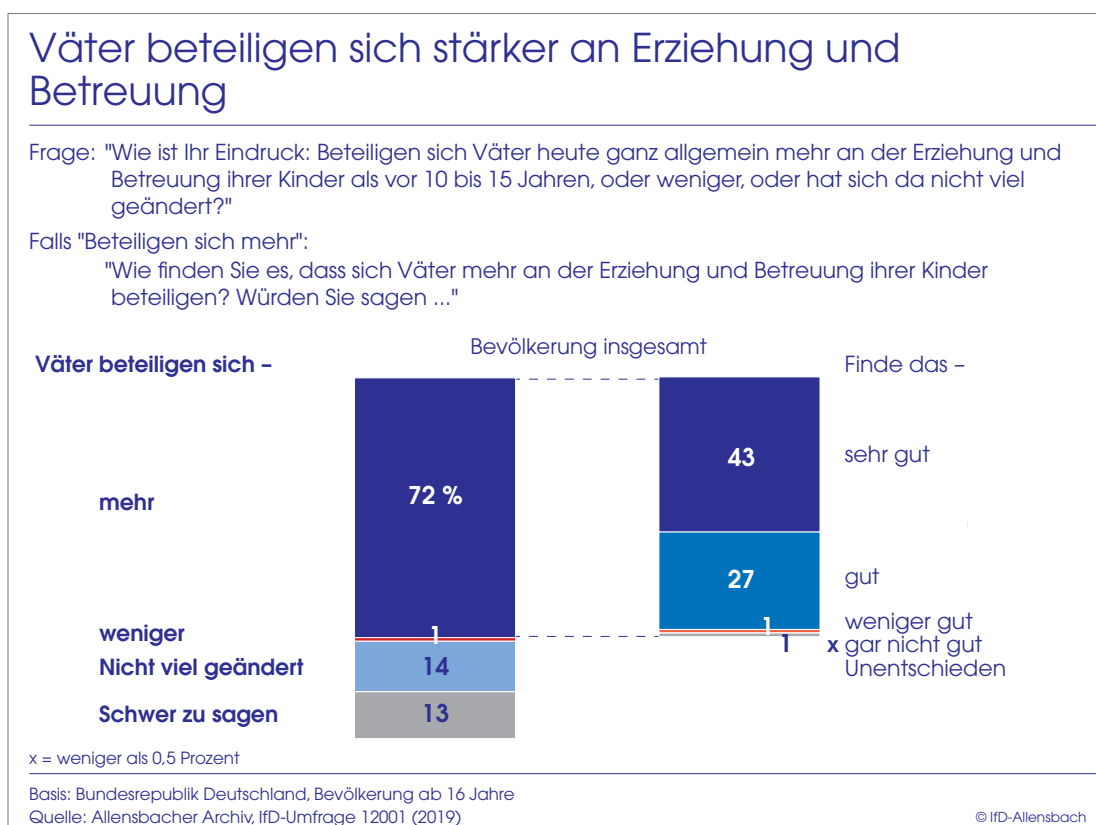
Nicht mehr ganz so häufig wie 2015 wird der Vater dagegen in der Rolle des berufstätigen Ernährers gesehen, auch wenn diese Vorstellung nach wie vor von sehr großer Bedeutung ist: 75 Prozent würden von einem Vater erwarten, berufstätig zu sein, 67 Prozent sehen ihn in der Pflicht, für den Unterhalt der Familie zu sorgen. Dass der Vater es beruflich zu etwas bringen soll, halten zugleich jedoch nur noch 43 Prozent für wichtig.

Dagegen haben sich die Rollenerwartungen an Mütter seit 2015 weniger stark verändert; für sie haben sich die Veränderungen offenbar schon etwas früher vollzogen

WIE SICH DIE VERÄNDERTEN ROLLENIDEALE AUSWIRKEN

In der Praxis werden die veränderten Rollenbilder zum einen in der stärkeren Erwerbsbeteiligung von Müttern erkennbar. Besonders deutlich wird diese Entwicklung bei Müttern kleinerer Kinder. Im zweiten Lebensjahr des Kindes erhöhte sich die Erwerbsbeteiligung der Mütter nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zwischen 2006 und 2017 um zehn Prozentpunkte, im dritten Lebensjahr um 15 Prozentpunkte.⁶ Bei den Vätern machen sich die Veränderungen in einer tatsächlich stärkeren Beteiligung in der Familie bemerkbar. So haben derzeit 72 Prozent der Gesamtbevölkerung den Eindruck, dass Väter sich heute mehr an der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder beteiligen als vor 10 bis 15 Jahren (Schaubild 11).

Schaubild 11



⁶ Wido Geis-Thöne: *Elterngeld: Ein Gewinn für die Gleichstellung der Geschlechter.* IW-Kurzbericht 65/2018.

Lediglich einer von 100 Befragten nimmt einen Rückgang der väterlichen Erziehungsbeteiligung wahr. Für 14 Prozent hat sich nicht viel geändert; 13 Prozent trauen sich kein Urteil zu. Von den Vätern minderjähriger Kinder selbst halten sich sogar 76 Prozent eine stärkere Beteiligung zugute; 70 Prozent der Mütter teilen den Eindruck.

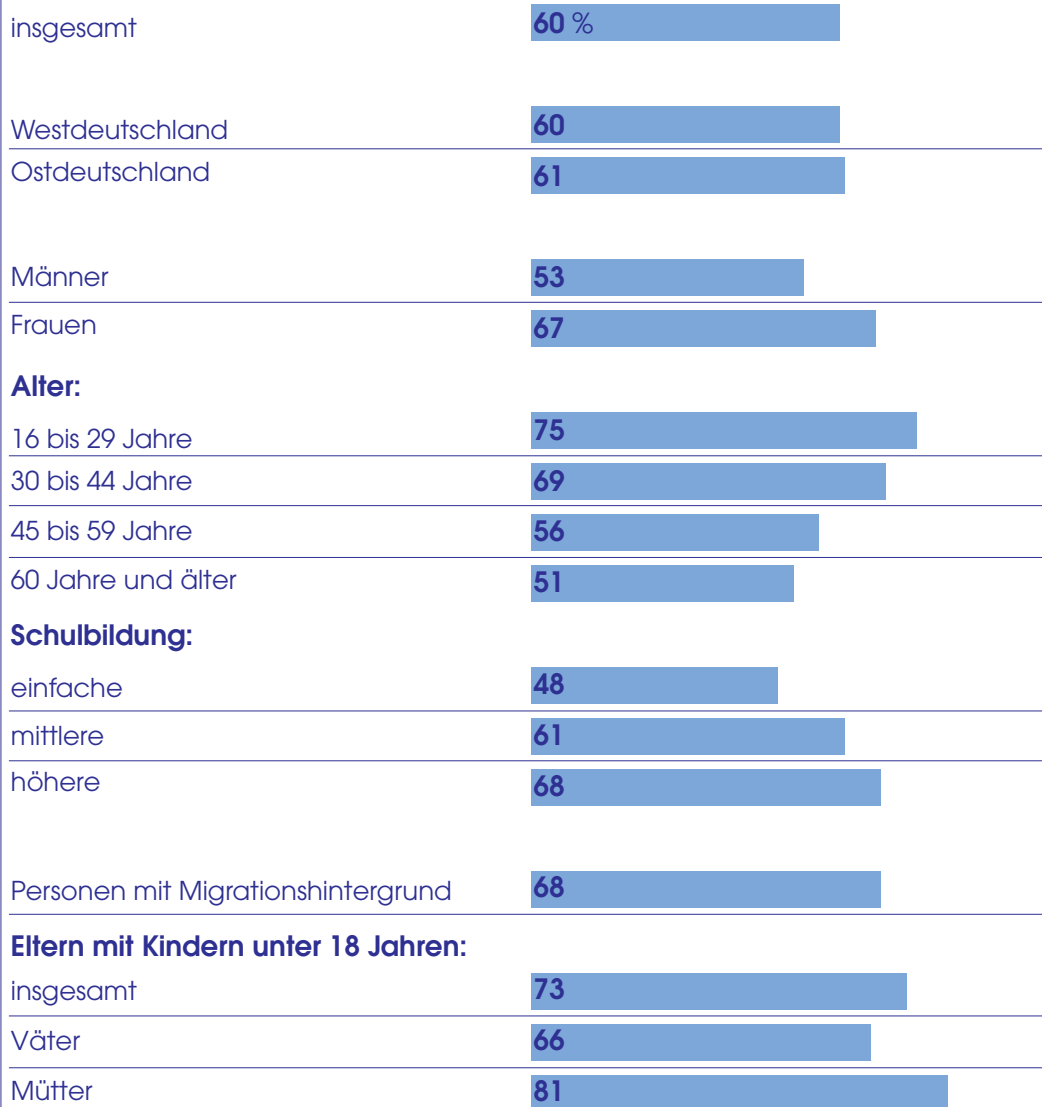
Diese Entwicklung wird fast durchgehend befürwortet: 43 Prozent der Bevölkerung finden die Entwicklung sehr gut, 27 Prozent finden sie gut. Allerdings fällt die fast durchgehende Befürwortung nicht in allen Teilgruppen der Bevölkerung gleich stark aus: Frauen, insbesondere Mütter von minderjährigen Kindern, bewerten die wahrgenommene stärkere Beteiligung der Väter noch häufiger mit "sehr gut" als Männer, respektive Väter selbst. Personen mit höherer Bildung stehen der Entwicklung eher besonders positiv gegenüber als Personen mit einfacher Bildung (Schaubild 12).

Nicht viel anders ist die Tendenz zum familiären Engagement von Vätern aber auch unter jenen, die hier keine Veränderung oder sogar einen Rückgang in der Beteiligung der Väter sehen (15 Prozent der Gesamtbevölkerung): Von diesen finden 62 Prozent, dass die Väter sich mehr beteiligen sollten. 19 Prozent sehen dafür keine Notwendigkeit, 19 Prozent bleiben unentschieden.

Stärkere Beteiligung von Vätern: Wer die Entwicklung besonders begrüßt

Personen, die mehr Beteiligung von Vätern an der Betreuung und Erziehung der Kinder wahrnehmen

davon bewerten die Entwicklung als "sehr gut" -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001 (2019)

© IfD-Allensbach

Statistisch greifbar wird die stärkere Familienbeteiligung auch in der Zunahme der Elternzeiten von Vätern. Seit Einführung des Elterngelds ist der Anteil der Väter, die Elternzeit beanspruchen, kontinuierlich gewachsen. Während vom früheren Erziehungsgeld nur 3 Prozent der Väter Gebrauch machten, sprang der Anteil der Nutzer mit Einführung des Elterngelds 2007 auf 20 Prozent der Väter.⁷ Seither ist dieser Anteil auf rund 37 Prozent weiter angestiegen, in einigen Bundesländern sogar bis auf fast 50 Prozent.⁸

Mit dieser Entwicklung geht eine deutlich größere gesellschaftliche Sichtbarkeit der Elternzeit von Vätern Hand in Hand. Dazu wurde jetzt die schon im Vorjahr gestellte Frage sekundäranalytisch ausgewertet, ob man Väter kennt, die Elternzeit beansprucht haben. Dieser Anteil ist in der Gesamtbevölkerung zwischen 2015 und zuletzt September 2018 von 48 auf 56 Prozent gewachsen. Dabei wuchs vor allem der Anteil derer, die gleich mehrere solche Väter kennen (von 18 auf 25 Prozent der Gesamtbevölkerung). Von den Müttern und Vätern minderjähriger Kinder kennen im Durchschnitt sogar 69 Prozent solche Väter in Elternzeit (Schaubild 13). Von den Vätern mit Kindern unter 10 Jahren, berichten bereits 30 Prozent, dass sie in Elternzeit waren.⁹

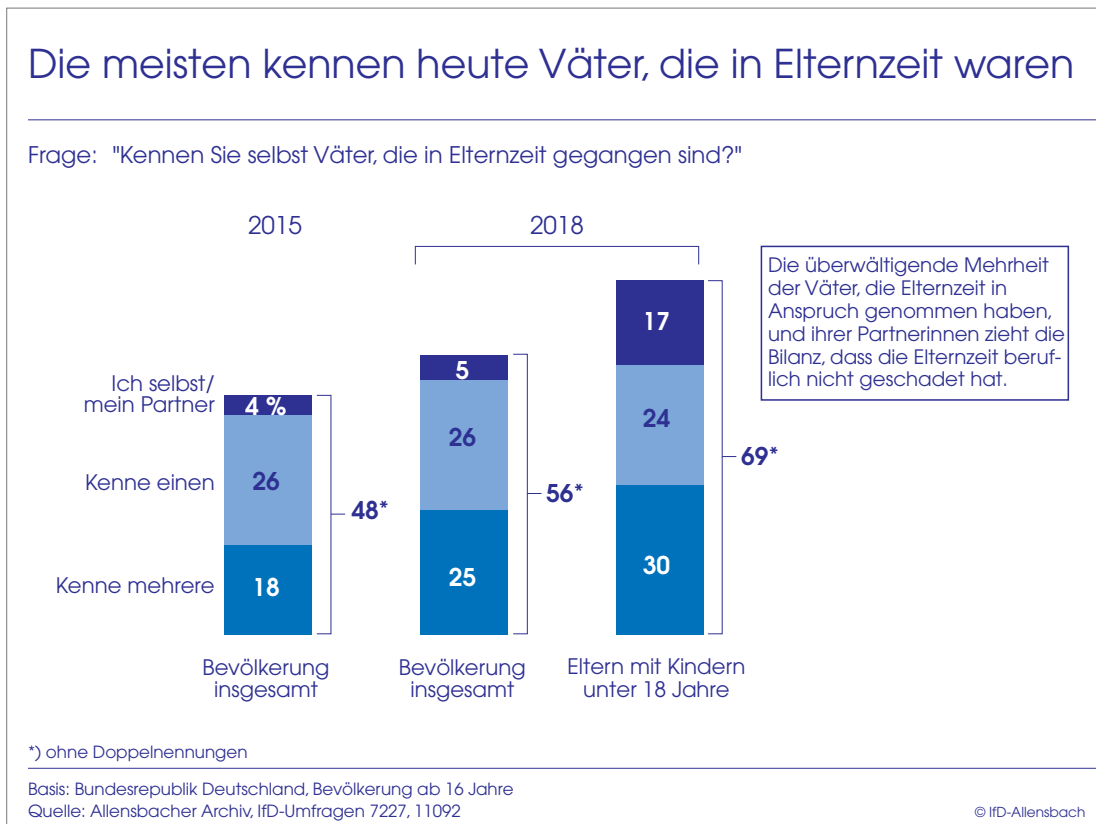
Hierbei haben Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung deutlich häufiger die Elternzeit von Vätern erlebt als andere: Das deutet auf eine überdurchschnittliche Beteiligung von Vätern aus der gehobenen Schicht hin, wie sie bereits in früheren Befragungen erkennbar war.¹⁰

⁷ BMFSFJ: Bilanz 10 Jahre Elterngeld. Berlin 2016. Abbildung 4-2.

⁸ Statistisches Bundesamt: Väterbeteiligung am Elterngeld für im 2. Quartal 2016 geborene Kinder.

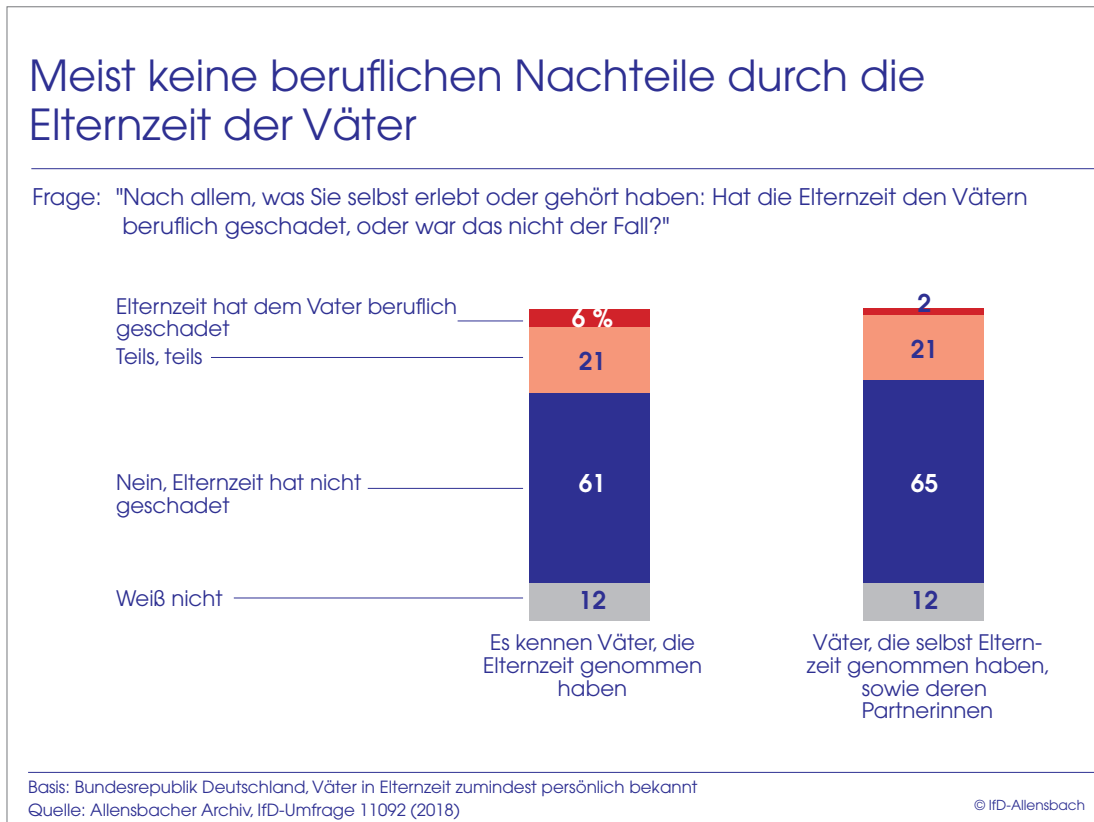
⁹ Da hier auch die Geburtsjahrgänge 2008 bis 2012 eingehen, in denen die Väterbeteiligung jeweils noch unter 30 Prozent lag, kann sich kein größerer Wert ergeben. Kleine Fallzahl, Indikatorwert.

¹⁰ Dahinter stehen sowohl unterschiedliche Wertsetzungen als auch unterschiedliche Möglichkeiten zur praktischen wie auch zur finanziellen Realisierung einer Elternzeit. Vgl. Das ElterngeldPlus nach zwei Jahren. Befragung von Bezieherinnen und Beziehern. Allensbach 2018. Tabelle 2. IfD-Allensbach: Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Allensbach 2015. Schaubild 13. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Allensbach_ElterngeldPlus_Bericht.pdf.



Von den Berufstätigen im öffentlichen Dienst erklären 75 Prozent, dass sie Väter kennen, die Elternzeit beanspruchten. Von den übrigen Berufstätigen erklären das immerhin 62 Prozent: Die zuweilen anzutreffende Vorstellung, dass vor allem Vätern im öffentlichen Dienst in Elternzeit gingen, verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse also erheblich.

Dass die Elternzeit dem Vater beruflich geschadet hätte, wird nur von einer Minderheit der Befragten angegeben, die Väter kennen, die Elternzeit genommen haben (6 Prozent). Die große Mehrheit (61 Prozent) nimmt keine beruflichen Nachteile für Väter nach der Elternzeit wahr. Nicht anders sehen die Berichte dieser Väter und ihrer Partnerinnen aus. Von ihnen haben 65 Prozent keinerlei berufliche Nachteile erlebt (Schaubild 14).



Schichtunterschiede, die sich bei der Beantragung der Elternzeit ausprägen, machen sich hier kaum bemerkbar: Vätern, die Elternzeit beantragt haben, entstanden also in allen Schichten in der Mehrzahl der Fälle daraus keine erkennbaren Nachteile.

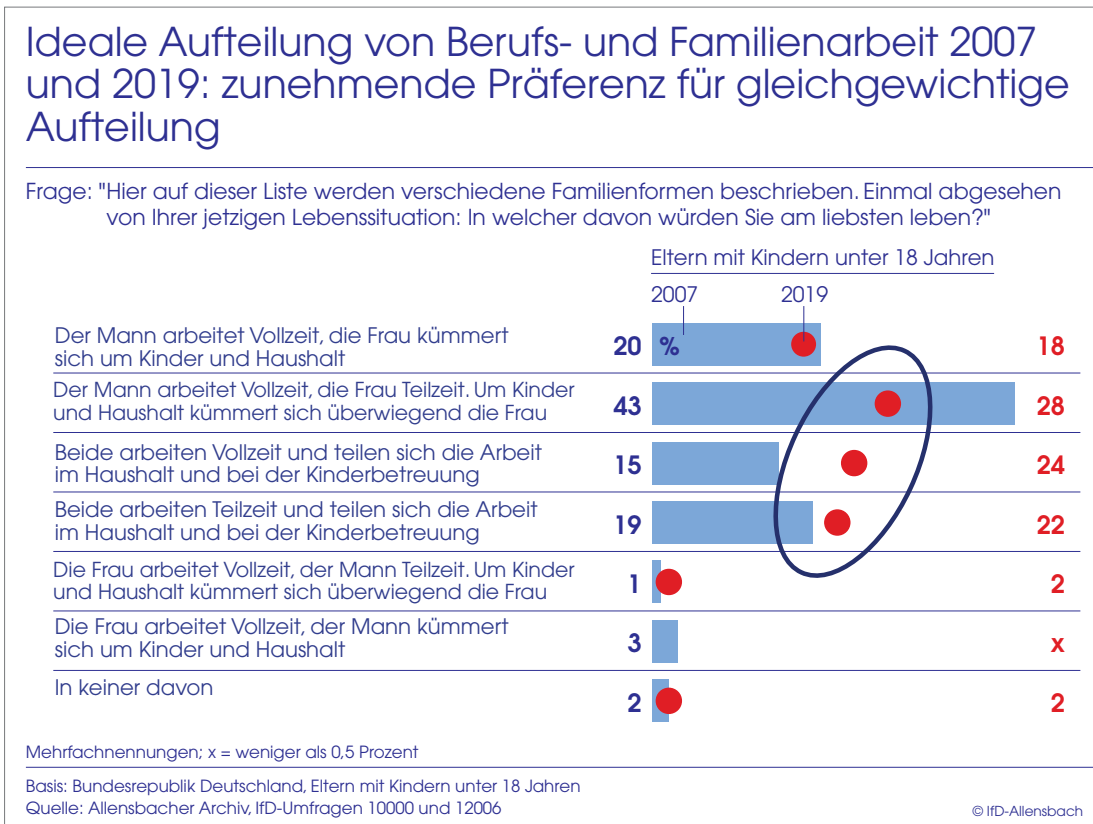
Väter, die in Elternzeit gehen, übernehmen auch später signifikant häufiger größere Anteile an der Betreuung der Kinder als andere Väter.¹¹ Eine partnerschaftlich gleiche Aufgabenteilung steht ihnen damit am ehesten nahe.

¹¹ Z.B. übernehmen Väter, die in Elternzeit waren, auch später signifikant häufiger größere Anteile an der Betreuung der Kinder. Dass sie dabei nur einen kleinen Teil oder gar nichts übernahmen, berichten von diesen Vätern 27 Prozent, von Vätern, die nicht in Elternzeit waren, dagegen 44 Prozent. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7208.

WAS ELTERN WICHTIG IST

Vor dem Hintergrund der häufigeren Elternzeiten, der generell stärkeren Beteiligung der Väter in ihren Familien und der häufigeren Berufstätigkeit von Müttern erscheint eine egalitäre Teilung von Berufs- und Familienarbeit heute attraktiver als vor einigen Jahren. Noch 2007 artikulierten erst ein gutes Drittel der Eltern mit minderjährigen Kindern Wünsche nach einer solchen Aufteilung. Davon fanden 15 Prozent eine berufliche Vollzeit/Vollzeit-Konstellation der Eltern ideal, bei der sich die Partner zugleich die Aufgaben im Haushalt und bei der Kindererziehung teilen. 19 Prozent plädierten für eine Teilzeit/Teilzeit-Aufteilung mit gleicher Pflichtenteilung in der Familie. Fast zwei Drittel sprachen sich damals für eine ausschließliche Berufstätigkeit des Vaters (20 Prozent) oder eine Vollzeit/Teilzeit-Konstellation aus, bei der die Mutter neben ihrer Teilzeitarbeit den größeren Teil der Aufgaben in der Familie übernimmt (43 Prozent). Diese Vollzeit/Teilzeit-Konstellation dominierte damit 2007 sowohl die tatsächliche Aufgabenteilung als auch die Idealvorstellungen der Eltern.

Zumindest bei den Idealvorstellungen ergab sich seitdem eine spürbare Veränderung; vor allem verringerte sich die Dominanz der Vollzeit/Teilzeit-Wünsche. Heute sprechen sich noch 28 Prozent der Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern für eine solche Aufteilung aus. Leicht verringert haben sich auch die Wünsche nach einer Alleinverdienerkonstellation mit berufstätigem Vater (18 Prozent). Fast die Hälfte der Eltern wünscht sich heute dagegen eine gleichgewichtige Aufteilung, sei es in Teilzeit/Teilzeit-Konstellation (22 Prozent) oder in einer Vollzeit/Vollzeit-Beschäftigung (24 Prozent; Schaubild 15).



Für vertiefende Analysen wurde die Betrachtung zur Sicherstellung einer ausreichenden Befragtenbasis auf Eltern insgesamt ausgeweitet, so dass auch ältere Väter und Mütter mit eingeschlossen sind.¹² In dieser Gesamtgruppe finden 22 Prozent das Alleinverdienermodell ideal, 27 Prozent die Vollzeit/Teilzeit-Aufteilung. Gleichgewichtige Aufteilungen werden von insgesamt 42 Prozent befürwortet; davon sprechen sich 23 für eine Vollzeit/Vollzeit-Konstellation aus, 19 Prozent fänden für sich eine Teilzeit/Teilzeit-Aufteilung am besten. Das Meinungsbild in dieser Gesamtheit unterscheidet sich also nur unwesentlich von der Meinungsverteilung innerhalb der Teilgruppe von Eltern mit Kindern unter 18 Jahren.

¹² Auch Alleinerziehende und Eltern im Rentenalter lassen sich mit großer Mehrheit auf die für sie rein hypothetische Frage ein, die für Ältere die Vergangenheit betrifft. Von den 60-Jährigen und Älteren machen nur 11 Prozent keine konkreten Angaben.

Dabei gibt es aber zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen der Eltern insgesamt. So würden sich Ostdeutsche weit häufiger als Westdeutsche eine egalitäre Aufteilung wünschen (61 gegenüber 37 Prozent). Zudem wären Eltern mit höherer Schulbildung (59 Prozent) eher als Eltern mit mittlerer (44 Prozent) oder einfacher Schulbildung (38 Prozent) an solchen Aufteilungen interessiert. Nicht zuletzt wirkt sich auch die Wohnumgebung aus: Großstädter (47 Prozent) sowie Bewohner von Klein- und Mittelstädten (44 Prozent) finden eine gleiche Aufteilung für sich häufiger ideal als Bewohner kleinerer Orte (34 Prozent).

Zudem unterscheiden sich die Verhältnisse zwischen Vollzeit/Vollzeit- und Teilzeit/Teilzeit-Wünschen in den unterschiedlichen Gruppen: Während in Westdeutschland die Teilzeit/Teilzeit-Aufteilung etwas häufiger befürwortet wird als die Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile (20 gegenüber 17 Prozent), präferieren die Ostdeutschen ganz eindeutig die Vollzeit/Vollzeit-Konstellation. Diese gilt dort 44 Prozent als ideal, die Teilzeit/Teilzeit-Aufteilung lediglich 17 Prozent.

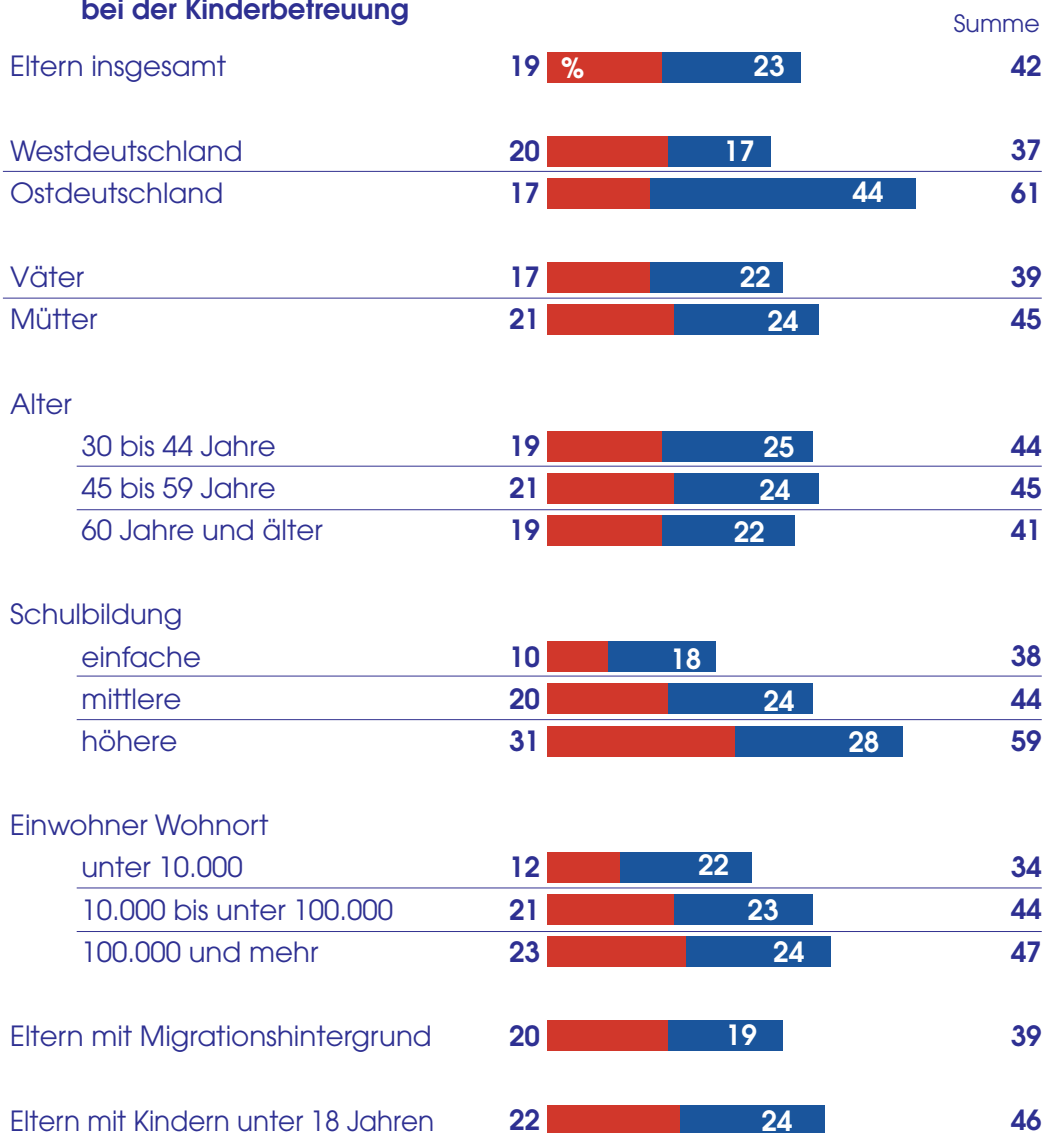
Auch Eltern mit einfacher Schulbildung können sich eine Vollzeit/Vollzeit-Aufteilung weitaus eher vorstellen als eine Teilzeit/Teilzeit-Konstellation. Diese Eltern befürchten meist durch eine Teilzeitarbeit des Vaters Einkommensverluste, die durch eine (umfangreichere) Teilzeitarbeit der Mutter nicht ausgeglichen würden. Daneben wären auch in eher ländlichen Regionen nur wenige Teilzeit/Teilzeit-Aufteilungen interessiert (12 Prozent). Am ehesten finden dagegen Mütter und Väter mit höherer Schulbildung eine gemeinsame Teilzeitarbeit der Elternteile attraktiv (31 Prozent; Schaubild 16).

Wer sich eine gleichgewichtige Aufteilung wünscht

In dieser Familienform würde ich am liebsten leben:

■ **Beide arbeiten Teilzeit und teilen sich die Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung**

■ **Beide arbeiten Vollzeit und teilen sich die Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung**



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12006 (2019)

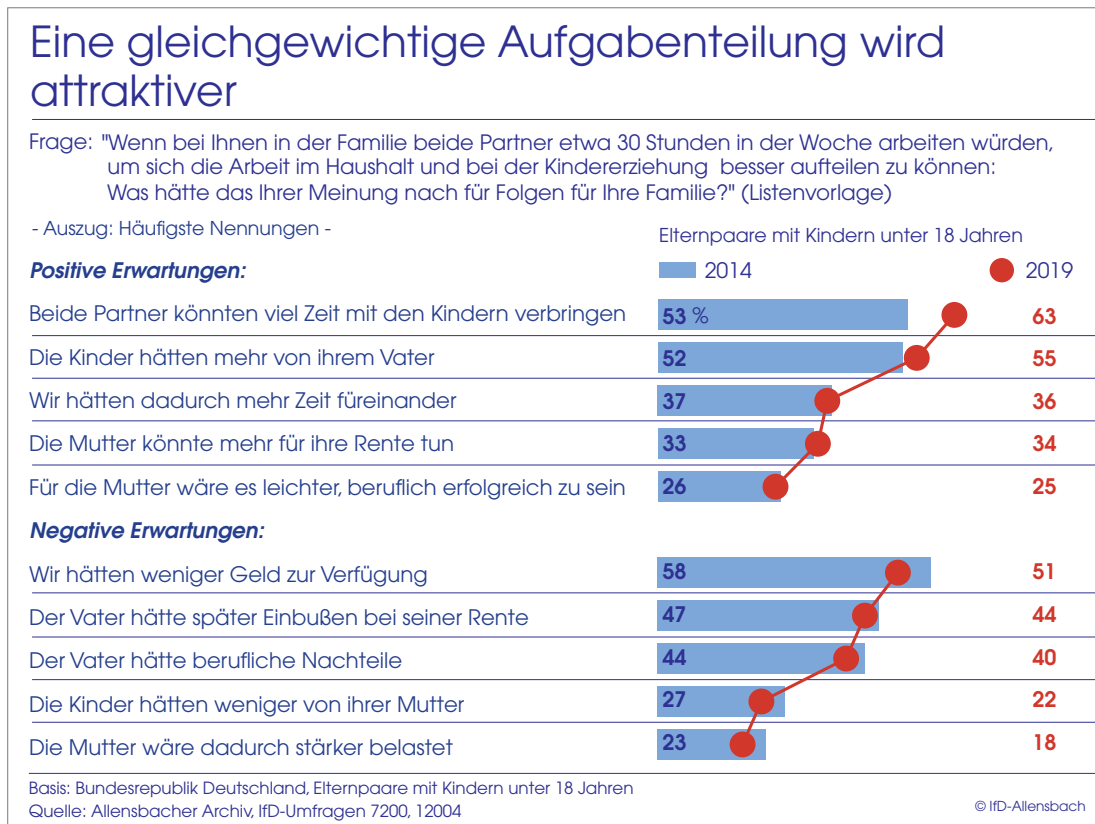
© IfD-Allensbach

Bei der Befürwortung des Alleinverdienermodells zeigen sich entgegengesetzte Schwerpunkte. Eine solche Aufteilung mit alleinverdienendem Vater und nichtberufstätiger Mutter wird im Wesentlichen in Westdeutschland befürwortet (26 Prozent). In Ostdeutschland könnten sich lediglich 8 Prozent vorstellen, in einer solchen Konstellation zu leben. Zudem wird das Modell von Eltern mit einfacher Schulbildung (37 Prozent) und mit geringeren Einkommen ungleich häufiger präferiert als von höher Gebildeten (10 Prozent), die meist auch höhere Einkommen erzielen: Dahinter stehen auch unterschiedliche "Opportunitätserwägungen". Für Mütter mit einfacher Bildung ist der Verzicht auf eine Berufstätigkeit meist mit einem weniger großen Einkommensverzicht verbunden als für andere.

Zum anderen hängen die Wünsche für die Aufteilung aber auch stark mit dem persönlichen Umfeld zusammen, damit, was als "normal" und erstrebenswert gilt.¹³ Das zeigen vor allem die unterschiedlichen Präferenzen in West- und Ostdeutschland. Aber es wird auch im deutlichen Land-Stadt-Gefälle erkennbar: In Dörfern (27 Prozent) und Klein- sowie Mittelstädten (23 Prozent) wird das Alleinverdienermodell deutlich eher gewünscht als in Großstädten (15 Prozent). Überdurchschnittlich häufig erklären sich auch Eltern mit Migrationshintergrund für eine derartige Konstellation (35 Prozent; Anhangschaubild 1).

Von einer egalitären Aufgabenteilung, bei der beide Partner in Teilzeit berufstätig sind, würden Eltern sich vor allem mehr gemeinsame Zeit mit den Kindern erwarten (63 Prozent). Insbesondere diese Erwartung hat sich gegenüber 2014 deutlich verstärkt. Verringert haben sich dagegen die mit einer solchen Aufgabenteilung verbundenen Befürchtungen: Seltener als vor fünf Jahren werden finanzielle Einbußen für die Familie angenommen (51 Prozent), Nachteile des Vaters bei der Rente (44 Prozent), berufliche Nachteile des Vaters (40 Prozent), weniger Zeit der Mutter für die Kinder (22 Prozent) oder auch eine stärkere Belastung der Mutter (18 Prozent). Damit verkleinern sich die Hürden für eine solche egalitäre Aufteilung, auch wenn sich die Befürchtungen und Einwände bislang noch nicht substantiell verringern (Schaubild 17).

¹³ Vgl. *Institut für Demoskopie Allensbach: Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Untersuchungsbericht zu einer repräsentativen Befragung von Elternpaaren. Allensbach 2015. https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Weichenstellungen.pdf.*

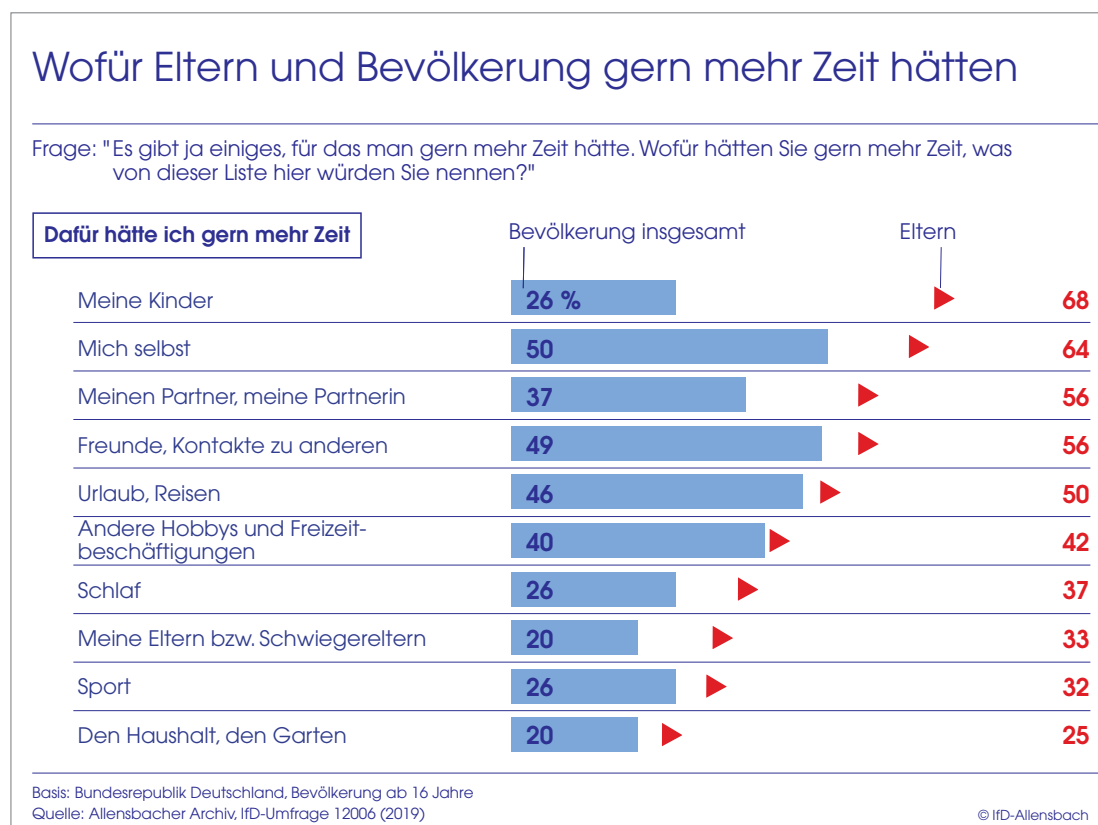


Vor allem mögliche finanzielle Einbußen werden als schwerwiegender Hinderungsgrund begriffen. Gerade Eltern mit kleineren Einkommen ziehen eine Teilzeit/Teilzeit-Konstellation deshalb für sich häufig nicht in Erwägung. Das heißt aber nicht, dass die Vorteile einer solchen Aufteilung für Mütter und Väter, die finanzielle Einbußen fürchten, nicht sonderlich ins Gewicht fielen. Gerade mehr Zeit für die Kinder oder auch mehr Zeit füreinander wäre auch diesen Eltern sehr erwünscht.

Auf die Frage, wofür man gern mehr Zeit hätte, machen Mütter und Väter von minderjährigen Kindern im Durchschnitt gleich sechs Angaben, wofür sie gern mehr Zeit hätten. Damit fehlt es diesen Eltern weitaus eher an Zeit als den meisten anderen Gruppen. Im Bevölkerungsdurchschnitt werden nur etwa vier Angaben gemacht, von den 60-Jährigen und Älteren nur etwa zwei bis drei Angaben.

Am häufigsten wünschen sich Eltern mit minderjährigen Kindern mehr Zeit für ihre Kinder (68 Prozent), wobei Mütter (68 Prozent) solche Wünsche etwa ebensohäufig zu Protokoll geben wie Väter (67 Prozent). Ebenfalls rund zwei Drittel der Eltern hätten aber auch gern mehr "Eigenzeit" (64 Prozent), die nicht durch die eher stärkeren Verpflichtungen in der Familie, der Arbeit oder auch der Freizeit beansprucht wird. Mehr Zeit für die Partnerin oder den Partner wünschen sich 56 Prozent, mehr Zeit für Freunde, Freundinnen oder Kontakte zu anderen ebenfalls 56 Prozent. Aber auch für Urlaub und Reisen, Hobbys und Freizeitbeschäftigungen, ausreichend Schlaf, Kontakte zu den eigenen Eltern oder Schwiegereltern, Sport und Hausarbeit fehlt es vielen an Zeit (Schaubild 18).

Schaubild 18



Während die Wünsche nach mehr Zeit für die Kinder von Müttern und Vätern gleich häufig artikuliert werden, unterscheiden sich ihre Akzentuierungen an anderer Stelle

signifikant. So fehlt es Müttern häufiger als Vätern an Zeit für sich selbst (74 gegenüber 54 Prozent), an Zeit zum Schlafen (39 gegenüber 33 Prozent) oder zum Lesen (37 gegenüber 23 Prozent). Väter finden dagegen eher als Mütter, dass die Partnerschaft zu kurz komme, dass es an Zeit für die Partnerin fehle (64 gegenüber 47 Prozent). Häufiger als die Mütter würden sie sich auch mehr Zeit für Hobbys und Freizeitbeschäftigungen (50 gegenüber 34 Prozent) wünschen (Anhangschaubild 2).

Die Zeitengpässe der Eltern wirken sich nicht zuletzt auf die Vorstellungen aus, was die Lebensqualität von Familien verbessern könnte. Auf die Frage: "Was würde besonders dazu beitragen, die Lebensqualität von Familien zu verbessern?" weisen Eltern vor allem auf die Flexibilität der Rahmenbedingungen hin: 70 Prozent der Mütter und Väter würden mehr Lebensqualität für Familien von flexibleren Betreuungszeiten in Betreuungseinrichtungen und Schulen erwarten, 71 Prozent von flexibleren Arbeitszeiten für Eltern. Damit rückt auch die Zeitgestaltung in den Vordergrund. Vor allem geht es um die Möglichkeit zur unkomplizierten Synchronisation von Familienleben und Arbeit. Dazu sind familienfreundliche Verhältnisse in der Arbeitswelt und auch familiengerechte Betreuungsmöglichkeiten unabdingbar (Schaubild 19).

Schaubild 19



Im Einzelnen denken viele Mütter und Väter dazu an mehr Möglichkeiten, von Zuhause aus zu arbeiten (62 Prozent), an mehr Verständnis in den Betrieben, wenn Väter sich um ihre Kinder kümmern möchten (55 Prozent) sowie an mehr Betriebskindergärten und Betriebskitas (46 Prozent).

53 Prozent würden von mehr Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder eine höhere Lebensqualität für Familien erwarten, ebenfalls 53 Prozent von mehr Betreuungsplätzen für Kleinkinder. Etwa ebensohäufig wird in diesem Zusammenhang auch die Ferienbetreuung genannt: 57 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern haben den Eindruck, dass günstigere und zeitlich ausreichende Möglichkeiten zur Ferienbetreuung das Leben der Familien erleichtern würden. Zwar dürften Defizite bei der Ferienbetreuung weniger folgenreiche Auswirkungen auf die Berufsentscheidungen von Vätern und Müttern als das grundsätzliche Betreuungsangebot. Dennoch können solche Defizite die Lebensqualität der Familien doch spürbar beeinträchtigen.

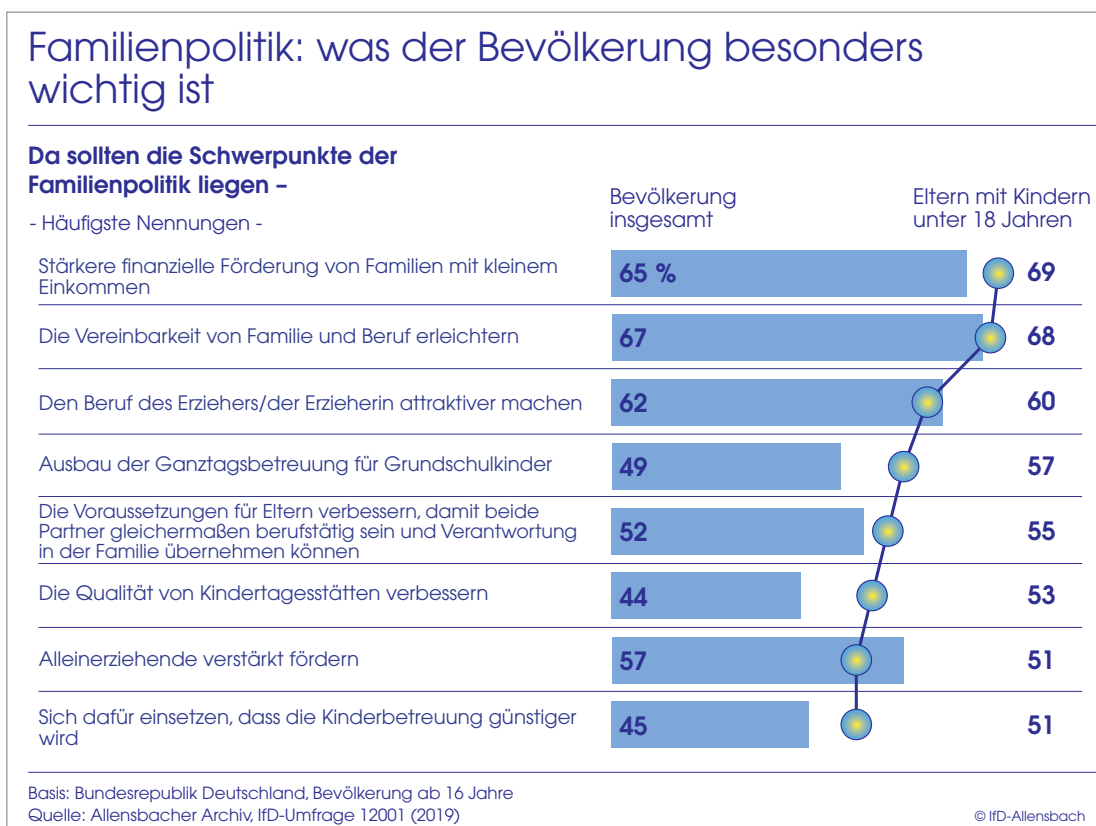
Eine bessere Lebensqualität für Familien würden 53 Prozent der Väter und Mütter auch durch mehr finanzielle Unterstützung von Familien erwarten (vgl. auch Schaubild 22).

FAMILIENPOLITISCHE ERWARTUNGEN DER BEVÖLKERUNG

Die Familienpolitik muss der veränderten Lebenswirklichkeit der Familien gerecht werden. Bedeutsam sind dafür auch die expliziten Erwartungen der Bevölkerung an die Familienpolitik, das heißt die von der Bevölkerung gesehene Tagesordnung.

Obenan auf dieser politischen Tagesordnung stehen Wünsche nach mehr Unterstützung für die Familien mit kleinen Einkommen (65 Prozent der Gesamtbevölkerung und 69 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern). Etwa gleich häufig wird eine erleichterte Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingefordert (67 Prozent der Gesamtbevölkerung und 68 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern). Neben der besseren Vereinbarkeit, von der eine breite Mehrheit der Familien profitieren würde, wird also die spezifische Förderung der besonders herausgeforderten Minderheit nicht vergessen. (Schaubild 20).

Schaubild 20



Besonderen Unterstützungsbedarf sehen viele auch für Alleinerziehende. Dabei geht es – wie frühere Untersuchungen zeigen – nicht nur um die oft kleinen Einkommen der Alleinerziehenden, sondern auch um ihre besondere Belastung, den weitgehenden Wegfall von Unterstützung durch einen Partner. 57 Prozent der Gesamtbevölkerung wünschen sich eine verstärkte Förderung von Alleinerziehenden. Weniger im Fokus steht eine verstärkte Förderung von kinderreichen Familien, die 32 Prozent der Gesamtbevölkerung wie der Eltern mit minderjährigen Kindern von der Familienpolitik erwarten.

In der Artikulation solcher Erwartungen stimmen die unterschiedlichen Teilgruppen der Bevölkerung im Wesentlichen überein. Auf kleiner Befragtenzahl deuten sich dabei allerdings leichte Unterschiede zwischen den Erwartungen von Eltern mit kleinen und mittleren bzw. höheren Einkommen an: Mütter und Väter mit Haushaltseinkommen unter 2.000 Euro netto im Monat geben hier im Durchschnitt mehr Erwartungen an die staatliche Familienpolitik zu Protokoll als die anderen Eltern. Für sie spielt nicht allein die spezifische Förderung von Geringverdienern eine größere Rolle, sondern auch die Verbesserung der Kinderbetreuung.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, erwarten viele von der Familienpolitik gleich eine Reihe von Maßnahmen, die Eltern beim Spagat zwischen Beruf und Familie unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit erfährt dabei die Kinderbetreuung. 62 Prozent der Bevölkerung halten es für notwendig, den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher attraktiver zu machen, um das benötigte Betreuungsangebot zu gewährleisten. 49 Prozent der Gesamtbevölkerung und 57 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern haben den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern vor Augen. Für diese Grundschulkindern spielt auch die Hausaufgabenbetreuung eine wichtige Rolle. Einsatz für eine gute Hausaufgabenbetreuung erwarten 39 Prozent der Gesamtbevölkerung und 45 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern.

45 Prozent der Gesamtbevölkerung und 51 Prozent der Eltern finden es wichtig, dass die Betreuungsangebote nicht zu teuer sind. An eine bessere Qualität der Kindertagesstätten denken 44 Prozent der Gesamtbevölkerung und 53 Prozent der Eltern. 42 Prozent der Gesamtbevölkerung plädieren für eine Ausweitung der Betreuungszeiten in Schulen und Kindergärten. Einen weiteren Ausbau des Krippenangebots halten 41

Prozent der Gesamtbevölkerung und 50 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern für notwendig.

Bei den Initiativen zur Kinderbetreuung geht es vielen also um eine Sicherung der Angebote, sowohl für Kleinkinder als auch für Grundschüler, um eine zeitliche Ausweitung der Betreuungszeiten, um weniger hohe Kosten sowie um eine bessere Qualität. Hierbei steht im Moment, auch aufgrund der aktuellen öffentlichen Diskussionen, die grundsätzliche Sicherung der Betreuung durch genügend Betreuungskräfte im Vordergrund.

Neben dem Betreuungsangebot spielen jedoch auch die beruflichen und materiellen Rahmenbedingungen eine Rolle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: 52 Prozent der Gesamtbevölkerung wünschen sich bessere Voraussetzungen dafür, dass beide Partner berufstätig sein wie auch Verantwortung in der Familie übernehmen können. 42 Prozent der Gesamtbevölkerung und 46 Prozent der Eltern halten mehr Unterstützung für Väter, die für die Kinderbetreuung beruflich kürzertreten wollen, für notwendig.

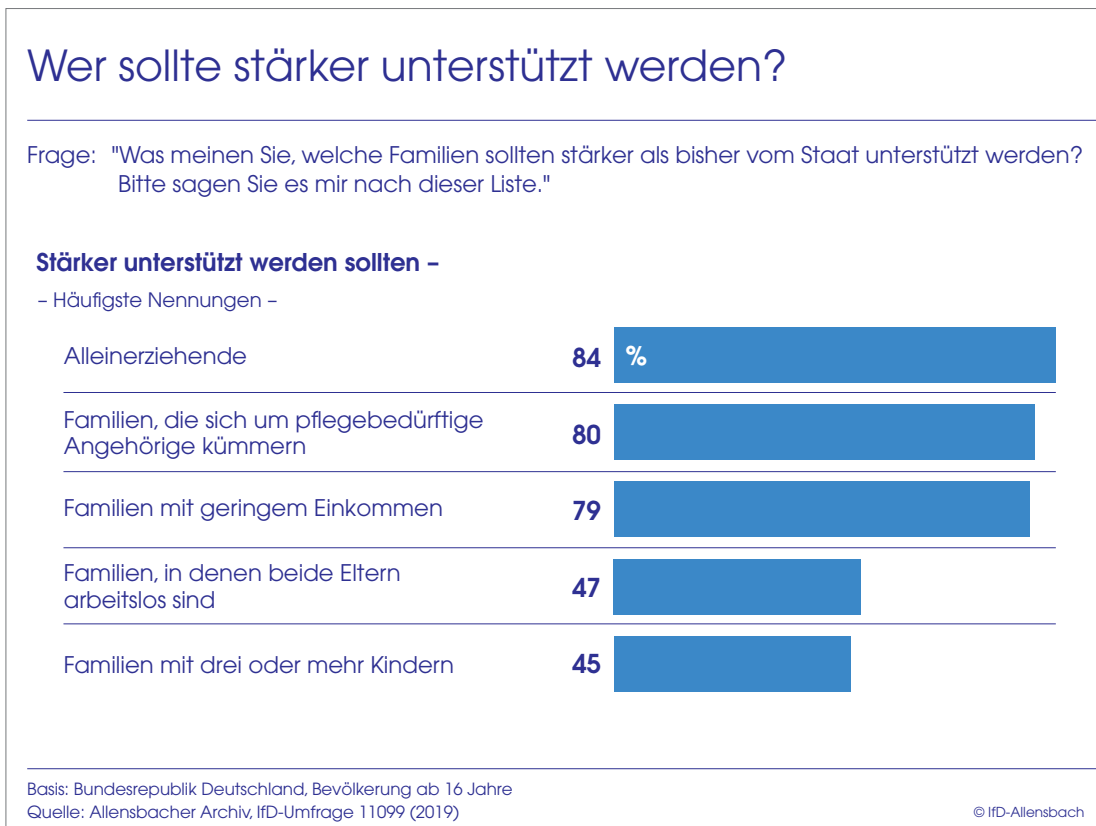
Im Hinblick auf die materielle Unterstützung der Familien denken 43 Prozent der Gesamtbevölkerung und 54 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern an eine stärkere Berücksichtigung von Kindern bei der Steuer.

Der besondere Unterstützungsbedarf für einzelne Gruppen von Familien wurde mit einer eigenen Frage, welche Familien stärker als bisher vom Staat unterstützt werden sollten, noch genauer in den Blick genommen. Darauf konzentrieren sich die Nennungen vor allem auf drei Familientypen: auf Alleinerziehende (84 Prozent), Familien, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern (80 Prozent) und auf Familien von berufstätigen Geringverdienern (79 Prozent).

Diese Nennungen variieren in unterschiedlichen sozialen Gruppen nur wenig; der Anteil derer, die auf zusätzlichen Unterstützungsbedarf für Familien mit kleinen Einkommen hinweisen, liegt in allen analysierten soziodemografischen Teilgruppen zwischen maximal 85 und minimal 71 Prozent. Im Hinblick auf den besonderen Förderbedarf

der drei meistgenannten Typen von Familien besteht also weitgehende Übereinstimmung in der Bevölkerung (Schaubild 21)

Schaubild 21

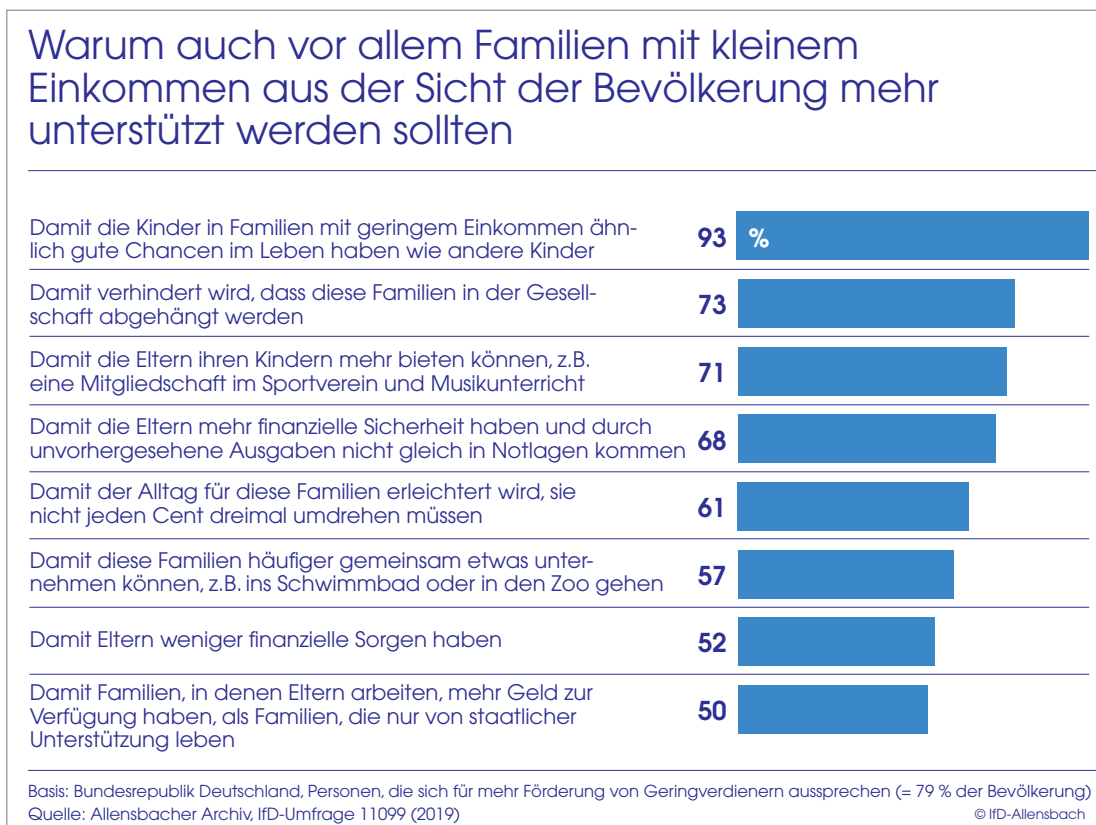


Andere Teilgruppen der Familien gelten weitaus seltener als unterstützungsbedürftig: Sowohl die Familien, in denen beide Elternteile arbeitslos sind (47 Prozent), als auch kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern (45 Prozent) werden hier nur noch von jeweils etwas weniger als der Hälfte der Bevölkerung genannt. Weitere Familien werden dann noch von etwa einem Sechstel bis zu einem Viertel der Bevölkerung angeführt: So würden sich nur 26 Prozent der Bevölkerung eine zusätzliche staatliche Förderung für Familien wünschen, die in teuren Wohngebieten keine bezahlbare Wohnung finden. Aus der verbreiteten Wahrnehmung der Probleme, die Familien auf dem Wohnungsmarkt in vielen Ballungsgebieten haben, resultiert also nur bei einem Teil der Bevölkerung die Erwartung einer spezifischen Familienunterstützung.

18 Prozent halten mehr Unterstützung für Flüchtlingsfamilien für notwendig, wobei solche Wahrnehmungen in Westdeutschland (20 Prozent) weiter verbreitet sind als in Ostdeutschland (11 Prozent). Vergleichsweise wenige plädieren dafür, auch Familien mit mittleren Einkommen besonders zu fördern (19 Prozent). Etwas größer ist dieser Anteil nur unter jenen, die selbst am ehesten davon profitieren würden: Von den Eltern minderjähriger Kinder melden hier 29 Prozent weiteren Unterstützungsbedarf an.

Begründet wird das Plädoyer für eine verstärkte Förderung von Geringverdienern von fast allen mit dem Wunsch, den Kindern von Geringverdienern ebenso gute Chancen im Leben zu eröffnen wie anderen Kindern. 93 Prozent derer, die sich für eine solche Förderung von Geringverdienern aussprechen, denken dabei an diese Dimension der Chancengerechtigkeit. Dazu gehört auch die Absicht, diese Eltern in die Lage zu versetzen, ihren Kindern mehr bieten zu können, z.B. eine Mitgliedschaft im Sportverein und zudem noch den vergleichsweise teuren Musikunterricht (71 Prozent). Damit möchten 73 Prozent verhindern, dass die Familien von Geringverdienern in der Gesellschaft abgehängt werden (Schaubild 22).

Schaubild 22



Auch das Argument der Absicherung hat für viele Bedeutung: 68 Prozent derer, die für mehr Förderung von Geringverdienern eintreten, begründen das mit der Notwendigkeit, Familien mit kleinen Einkommen wirtschaftlich zu stabilisieren. Durch unvorhergesehene Ausgaben sollten diese nicht gleich finanzielle Probleme bekommen.

Für 61 Prozent dieser Befragten geht es um eine Erweiterung der finanziellen Spielräume dieser Familien; sie sollen nicht "jeden Cent dreimal umdrehen" müssen. 57 Prozent denken an mehr Möglichkeiten für gemeinsame Unternehmungen, etwa für Schwimmbad- oder Zoobesuche. 52 Prozent von ihnen finden, diese Eltern sollten weniger finanzielle Sorgen haben. 50 Prozent der Befürworter einer zusätzlichen Förderung von Geringverdienern begründen das damit, dass Familien, in denen Eltern arbeiten, mehr Geld zur Verfügung haben sollten, als Familien, die von staatlicher Unterstützung leben. Die Leistungsgerechtigkeit ist bei der Hälfte dieser Befragten also mit im Blick.

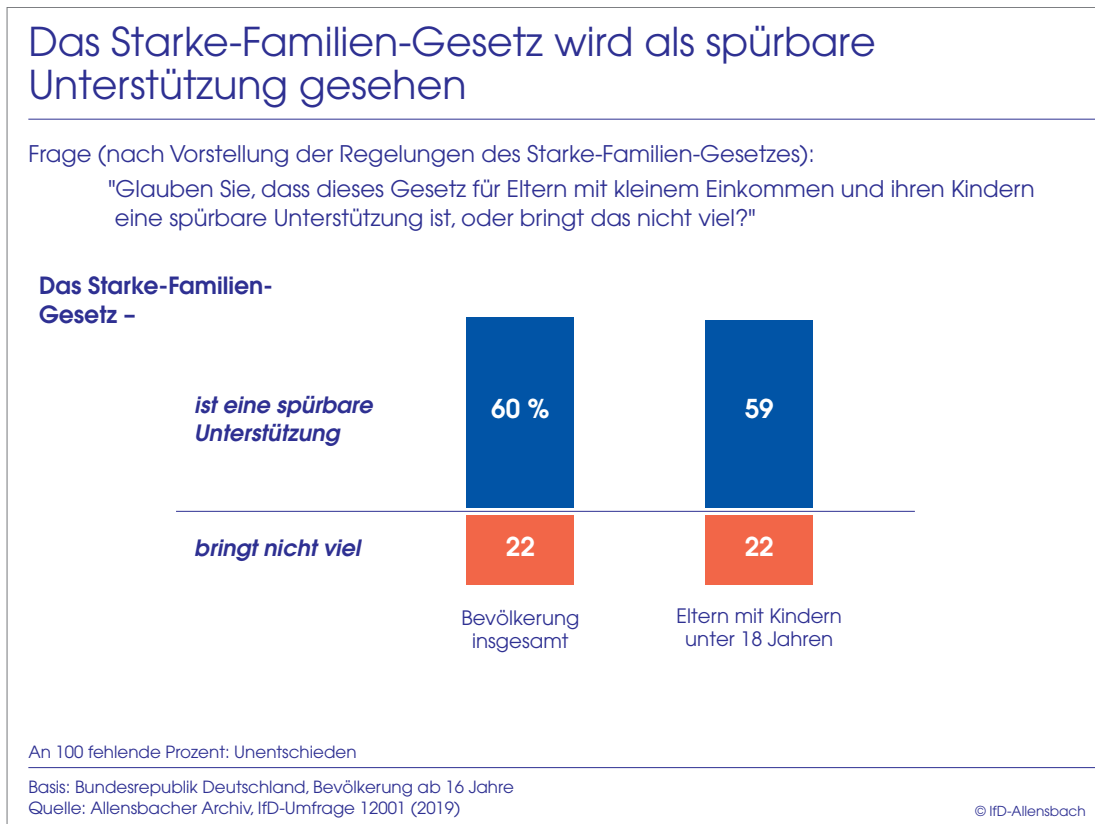
WAHRNEHMUNGEN UND BEURTEILUNGEN DER FAMILIENFÖRDERUNG

Für viele der von der Bevölkerung wahrgenommenen Aufgaben gibt es Ansätze in der aktuellen Familienpolitik. Im Rahmen der Umfrage wurden auch Bewertungen dieser Maßnahmen ermittelt.

Das Starke-Familien-Gesetz

Die Frage zum Starke-Familien-Gesetz wurden bereits im Februar 2019 gestellt; sie zeigt also die Erwartungen und nicht die Erfahrungen mit dem seither in Kraft getretenen Gesetz. 60 Prozent der Gesamtbevölkerung stufen das "Starke-Familien-Gesetz" als spürbare Unterstützung für Eltern mit kleinen Einkommen und deren Kinder ein. 22 Prozent denken dagegen, dass das Gesetz diesen Familien nicht viel bringe. 18 Prozent bleiben unentschieden. Bei den Eltern mit unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen sieht das Meinungsbild nicht grundsätzlich anders aus. Von ihnen sehen 62 Prozent die neuen Regelungen als spürbare Unterstützung; 26 Prozent bleiben skeptisch (Schaubild 23).¹⁴

¹⁴ *Um die Einschätzung des Starke-Familien-Gesetz zu erleichtern, wurde den Befragten im Interview ein Bildblatt vorgelegt, auf dem die zentralen Regelungen aufgelistet waren. Das Bildblatt ist hier im Anhang dokumentiert. Dabei ist bedeutsam, dass Personen, die das Gesetz auch schon vor dem Interview kannten, kein grundsätzlich anderes Meinungsbild zum Gesetz zu Protokoll geben als jene, die zum ersten Mal durch das Bildblatt über die Regelungen des Gesetzes informiert wurden (61 Prozent positive Äußerungen und 24 Prozent negative gegenüber 59 Prozent positiven Äußerungen und 21 Prozent negativen).*



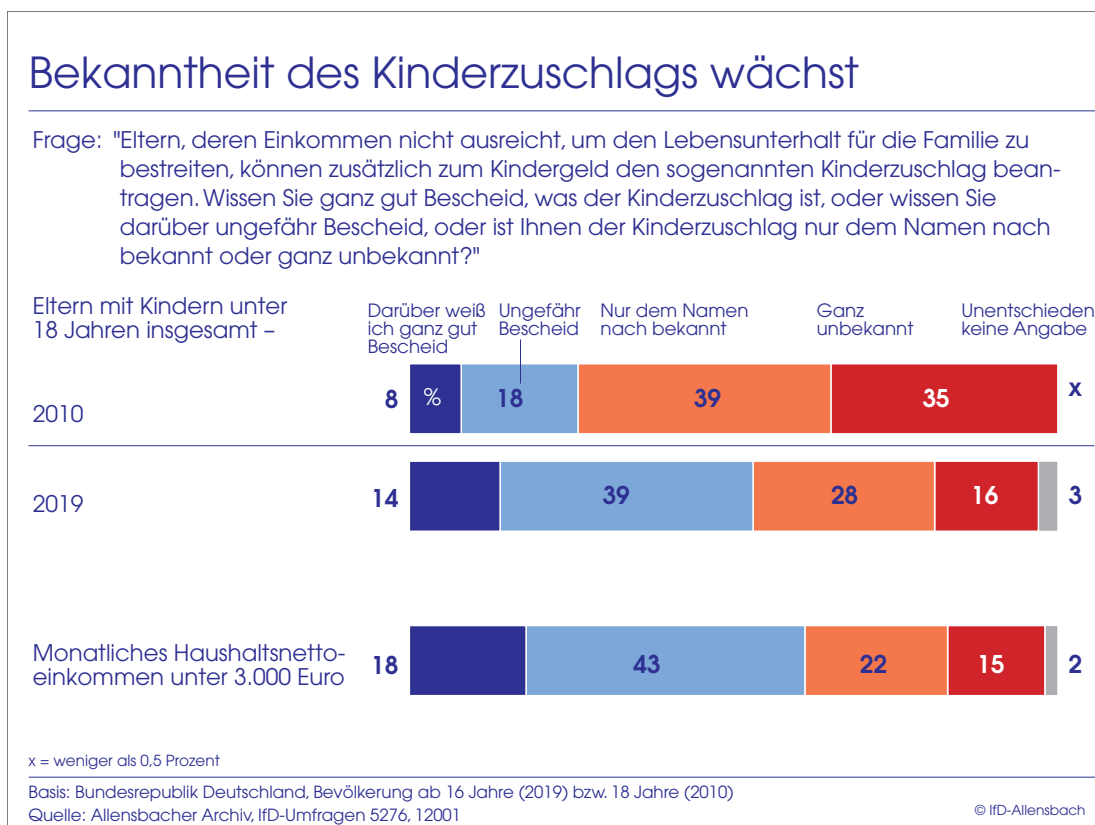
Trotz partiell kritischer Äußerungen in der veröffentlichten Meinung wurden die im Gesetz enthaltenen Neuregelungen also in der Bevölkerung mehrheitlich als wirklicher Fortschritt in der Unterstützung von Familien mit kleinen Einkommen wahrgenommen.

Hierbei muss man berücksichtigen, dass nur ein Teil der Bevölkerung über die Förderinstrumente für Familien mit kleinen Einkommen bis ins Detail informiert ist. Viele verfügen allenfalls über ein wenig differenziertes Bild. Beispielhaft ist hier die Kenntnis des Kinderzuschlags, über den derzeit nur 7 Prozent der Bevölkerung "ganz gut" informiert sind. 24 Prozent kennen die Leistung "ungefähr". Rund zwei Drittel kennen den Kinderzuschlag aber "nur dem Namen nach" (36 Prozent) oder überhaupt nicht (30 Prozent). Im Vergleich zum Wissen über das auch ungleich häufiger genutzte Elterngeld, das schon 2010 über 50 Prozent der Bevölkerung gut oder ungefähr kannten

(Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5276), sind die Kenntnisse der breiten Bevölkerung hier also eher gering. Das ist aber auch darauf zurückzuführen, dass sich der Kinderzuschlag im Gegensatz zum Kindergeld oder zum Elterngeld an eine spezielle und sehr viel kleinere Zielgruppe richtet.

Gegenüber 2010 hat sich der Informationsstand aber vor allem bei Eltern und insbesondere in der unmittelbaren Zielgruppe bereits deutlich verbessert.¹⁵ Der Anteil der Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern, die wenigstens "ungefähr" über den Kinderzuschlag informiert sind, vergrößerte sich seit 2010 von 26 auf 53 Prozent. In der Kernzielgruppe der Eltern mit unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen haben jetzt sogar 61 Prozent eine zumindest ungefähre Vorstellung vom Kinderzuschlag (Schaubild 24).

Schaubild 24



¹⁵ Dabei kann ein leichter Einfluss der Ermittlung nicht ganz ausgeschlossen werden: 2010 wurde die Bekanntheit des Kinderzuschlags im Zusammenhang mit anderen Leistungen ermittelt, 2019 ohne solche Möglichkeit zum Vergleich.

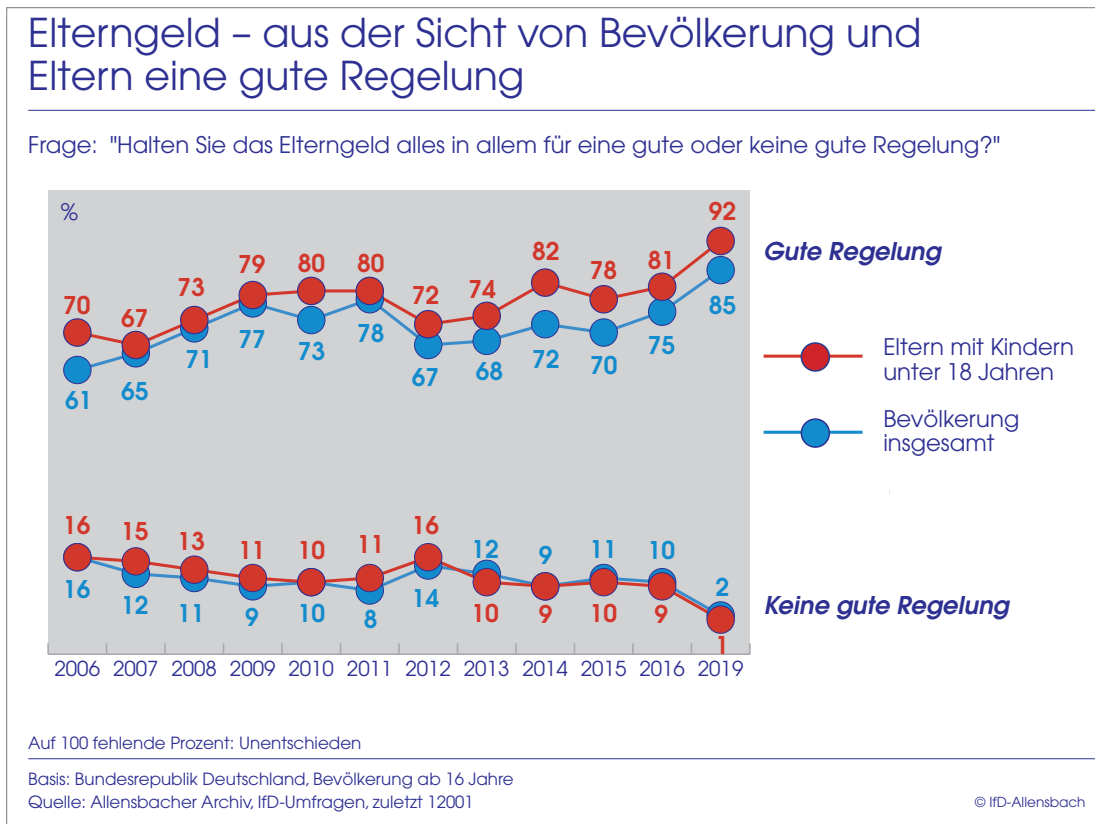
Elterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus

In der breiten Bevölkerung wird das Bild der finanziellen Familienförderung vorrangig durch jene Leistungen geprägt, die praktisch allen Familien zumindest eine Zeit lang zugutekommen, nämlich durch das Kindergeld und das Elterngeld. Hierbei wird das Elterngeld unverändert weit überwiegend positiv bewertet. Auch diese Einstellungen wurden wie in früheren Umfragen gestützt durch ein Bildblatt abgefragt, auf dem die Regelungen des Elterngelds knapp dargestellt werden.¹⁶ Um den erweiterten Möglichkeiten beim Elterngeld gerecht zu werden, wurde auf dem Bildblatt jetzt zusammen mit dem Basiselterngeld auch das seit 2015 zur Verfügung stehende ElterngeldPlus erläutert. Daraufhin vergrößert sich der Kreis der Zustimmenden noch einmal signifikant. Offensichtlich verstärken also die Regelungen des ElterngeldPlus, dessen Nutzer vor allem die Flexibilität der Leistung hervorheben (Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7257), die auch zuvor schon breite Zustimmung noch einmal.

Derzeit bewerten 85 Prozent der Gesamtbevölkerung das Elterngeld als gute Regelung. Nur noch 2 Prozent erklären sich explizit dagegen, 13 Prozent bleiben unentschieden. Unter den Eltern mit minderjährigen Kindern sagen jetzt sogar 92 Prozent, dass es sich um eine gute Regelung handle. In allen sozialen Teilgruppen überwiegt der Anteil der Befürworter bei Weitem.

Dabei zeigt der Blick auf frühere Ergebnisse durchaus Einflüsse der öffentlichen Debatten auf die Bewertungen, auch wenn der Anteil der Zustimmenden nicht unter 61 Prozent der Bevölkerung sank. Die derzeit fast einmütige Zustimmung zur Leistung deutet deshalb auch darauf hin, dass es im Moment zumindest keine weitverbreitete Kritik am Elterngeld gibt (Schaubild 25).

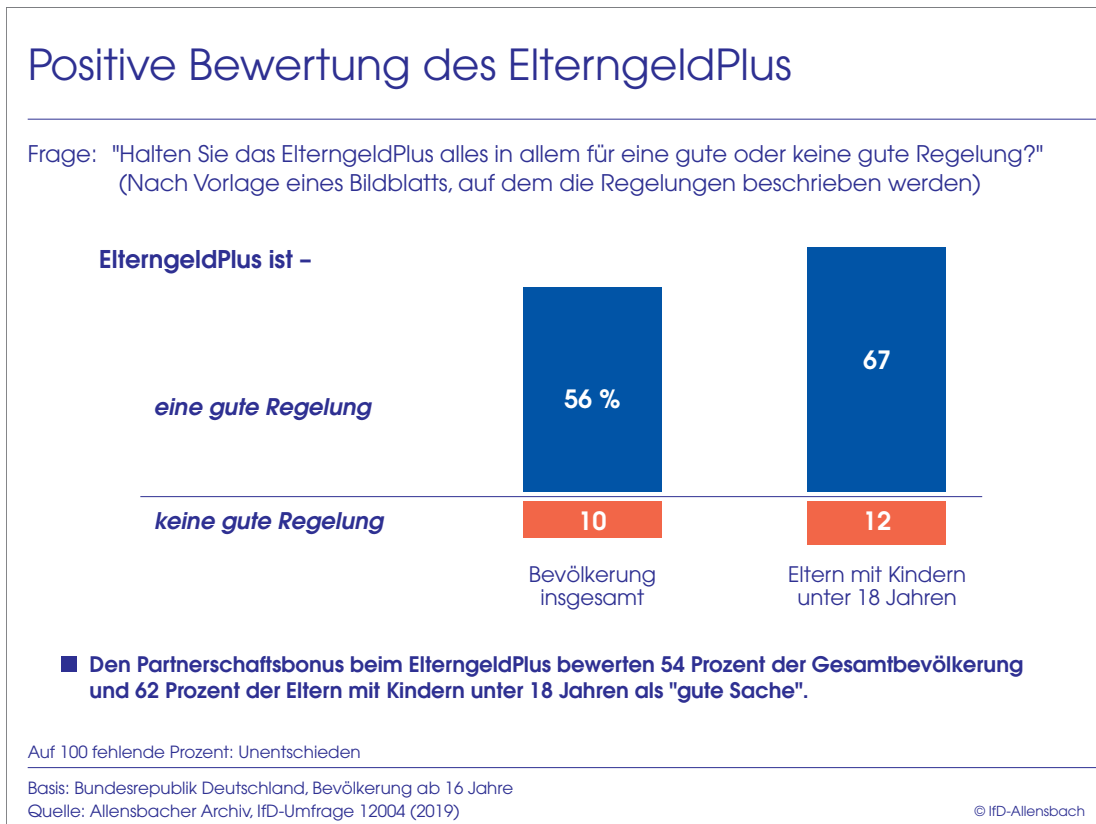
¹⁶ *Das Bildblatt wird im Anhang dokumentiert.*



In der aktuellen Umfrage wurden jetzt auch die Haltungen zum ElterngeldPlus sowie zum Partnerschaftsbonus ermittelt. Auch diese Elterngeldleistungen werden weit überwiegend positiv bewertet. Dabei verringert ihr kleinerer Bekanntheitsgrad jedoch den Anteil derer, die sich jeweils ein konkretes Urteil zutrauen; vergleichsweise viele bleiben unentschieden.

Das ElterngeldPlus wird derzeit von 56 Prozent der Bevölkerung als gute Regelung eingestuft. Nur 10 Prozent betrachten das Regelwerk als nicht gut; 34 Prozent bleiben unentschieden. Deutlich überdurchschnittlich sind Kenntnisse wie auch Bewertungen unter den jüngeren Eltern, zu denen auch die Nutzer der Leistung gehören. Von den Eltern mit minderjährigen Kindern betrachten zwei Drittel das ElterngeldPlus als gute Regelung (67 Prozent, Schaubild 26).¹⁷

¹⁷ Bei einer Nutzerbefragung stellten 2017 auch die meisten Bezieherinnen und Bezieher dem ElterngeldPlus ein gutes Zeugnis aus; 77 Prozent stufen das ElterngeldPlus



Ähnliche Haltungen waren bereits einige Monate vor Einführung des ElterngeldPlus, im Juli 2014 gemessen worden, als 58 Prozent die Regelungen des ElterngeldPlus positiv bewerteten. Bis zum Mai 2016 hatten sich Kenntnisse und Bewertungen dann deutlich verbessert. Damals sagten 67 Prozent, das ElterngeldPlus sei eine gute Regelung. Doch seitdem sind die Vorstellungen offenbar wieder etwas verblasst. Der auf 23 Prozent verringerte Anteil der Unentschiedenen vergrößerte sich wieder auf 34 Prozent. Überdurchschnittlich verringerte sich die Zustimmung in jenen Gruppen, die weniger mit Leistungsbeziehern in Berührung kommen, etwa bei Kinderlosen.

uneingeschränkt als "gute Sache" ein, weitere 19 Prozent als zumindest teilweise gute Sache. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7257. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Allensbach_ElterngeldPlus_Bericht.pdf.

Ganz ähnlich wie 2014 fallen ebenfalls die Bewertungen des Partnerschaftsbonus aus: 54 Prozent sehen den Bonus als "gute Sache". Nur eine Minderheit von 14 Prozent hat einen anderen Eindruck. 32 Prozent bleiben unentschieden. Deutlich besser fallen wiederum die Bewertungen in der weiteren Zielgruppe aus. Von den Eltern mit minderjährigen Kindern fallen 62 Prozent ein positives Urteil (Schaubild 27). Dabei ist die Zustimmung in Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind bzw. ein Einkommen haben, größer als in den Einverdienerfamilien (68 gegenüber 55 Prozent).

Schaubild 27

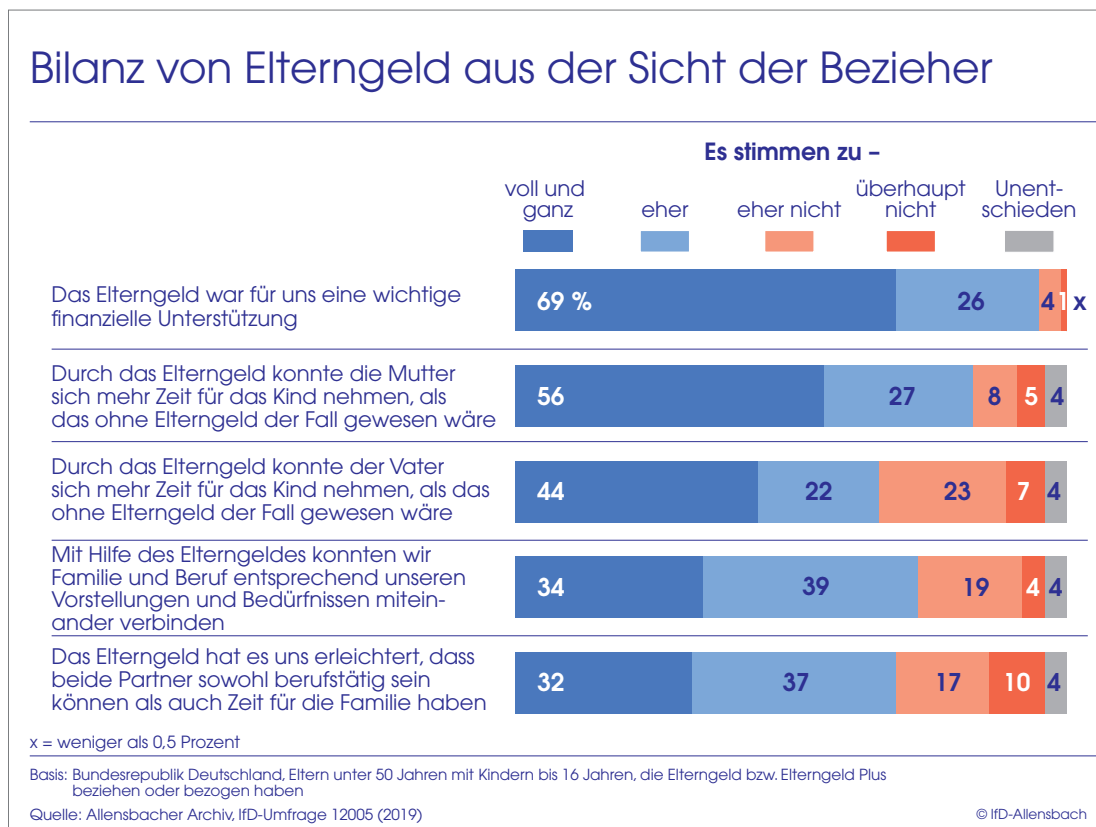
<h2>Einstellungen zum Partnerschaftsbonus</h2>				
Frage: "Das ElterngeldPlus sieht einen Partnerschaftsbonus vor. Eltern, die beide gleichzeitig zwischen 25 und 30 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten das ElterngeldPlus zusätzlich vier Monate länger als andere. Halten Sie den Partnerschaftsbonus für eine gute Sache, oder keine gute Sache?"				
	Bevölkerung insgesamt		Eltern mit Kindern unter 18 Jahren	
	2014 %	2019 %	2014 %	2019 %
Partnerschaftsbonus ist –				
eine gute Sache	55	54	62	62
keine gute Sache	15	14	14	16
Unentschieden, keine Angabe	30	32	24	22
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7200, 12004

© IfD-Allensbach

Die überproportional guten Bewertungen des Elterngelds durch Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern erklären sich auch durch die guten Erfahrungen, die viele seit 2007 mit dem Elterngeld gemacht haben. Im Vordergrund stand dabei die finanzielle Dimension. Für die allermeisten (früheren) Bezieherinnen und Bezieher ist bzw. war das Elterngeld eine wichtige finanzielle Unterstützung. 69 Prozent sehen das voll und ganz so, 26 Prozent zumindest überwiegend. Lediglich 5 Prozent haben das Elterngeld nicht als hilfreiche Unterstützung erlebt (Schaubild 28). Auf Basis kleiner Befragten-Teilgruppen deutet sich hier eine besondere Bedeutung der finanziellen Unterstützung für Eltern mit kleinen Einkommen an, zudem für Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind.

Schaubild 28



In einer deutlichen Mehrheit der Familien erweiterte das Elterngeld auch die Zeit, die sich Mutter und Vater für das Kind nehmen konnten. Im Hinblick auf die Mutter

stimmen 56 Prozent der Eltern einer entsprechenden Aussage "voll und ganz" zu, 27 Prozent überwiegend ("eher").¹⁸ In Ostdeutschland, wo die Elternzeiten nach der Wende oft weniger als ein Jahr umfassten und wo heute vergleichsweise viele Mütter unmittelbar nach Ablauf einer einjährigen Bezugszeit des Elterngelds in den Beruf zurückkehren, wurde der Effekt offenbar noch häufiger erlebt als im Westen.¹⁹

Ein beträchtlicher Anteil der (früheren) Bezieherinnen und Bezieher berichtet aber auch darüber, dass der Vater sich mehr Zeit für das Kind nehmen konnte. 44 Prozent haben voll und ganz diesen Eindruck, 22 Prozent überwiegend.

Deutliche Auswirkungen des Elterngelds auf die Berufstätigkeit und die Vereinbarung von Familie und Beruf hat jeweils etwa ein Drittel der (früheren) Bezieherinnen und Bezieher erlebt. Voll und ganz stimmen 34 Prozent der Aussage zu, das Elterngeld habe geholfen, Familie und Beruf entsprechend den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen miteinander zu verbinden. Weitere 39 Prozent stimmen eher zu. Als Erleichterung dafür, dass beide Partner sowohl berufstätig sein konnten als auch Zeit für die Familie hatten, sehen schließlich insgesamt fast 70 Prozent das Elterngeld, davon 32 Prozent "voll und ganz" und 37 Prozent "eher".

Die Effekte des Elterngelds auf die Erwerbstätigkeit werden also zwar ebenfalls weit überwiegend positiv erlebt, jedoch seltener durchgehend positiv als etwa die Effekte der materiellen Unterstützung oder der Ausweitung der gemeinsamen Zeit mit dem Kind.

¹⁸ *Ermittelt wurden diese Werte durch eine Kombinationsauszählung von Angaben, bei denen Mütter den Effekt für sich selbst und Väter für ihre Partnerin beschrieben.*

¹⁹ *Kleine Fallzahlen, Indikatorbefunde.*

Förderung von Kindern und Ausbau der Betreuungsangebote für Grundschüler

Vor dem Hintergrund öffentlicher Diskussionen über ungleiche Lebenslagen und Bildungschancen von Kindern wuchs in den zurückliegenden Jahren der Eindruck, dass mehr Förderung von Kindern notwendig ist. In den Regelungen des Starke-Familien-Gesetzes, dessen erste Stufe bereits am 1. Juli 2019 in Kraft getreten ist, wie auch beim geplanten Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschüler spielt die Förderung der Kinder deshalb eine große Rolle.

Dabei hat sich die Vorstellung, wodurch Kinder am besten gefördert werden, in den zurückliegenden Jahren tendenziell etwas verändert (Schaubild 29).

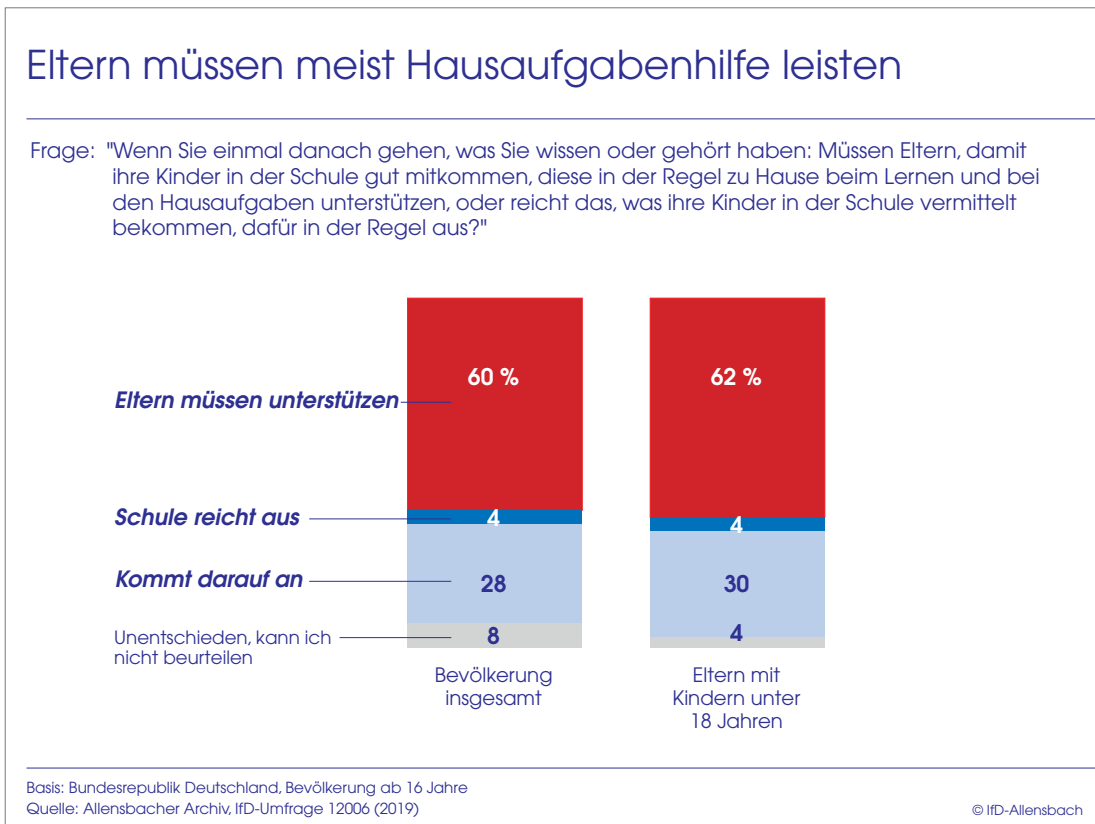
Schaubild 29



2011 galten für Eltern minderjähriger Kinder noch am häufigsten die Interessenförderung, dass also das Kind eigenen Hobbys nachgehen kann, sowie die Förderung der körperlichen Entwicklung durch Sport als besonders wichtig für die gute Entwicklung eines Kindes. Die Förderung der intellektuellen Entwicklung sowie des Lernens in der Schule wurden zwar auch schon von vielen genannt, stand jedoch erkennbar dahinter zurück.

Seither nahm das Gewicht der Lern- und Bildungsförderung erkennbar zu, auch unter dem Einfluss von Bildungsstudien und -diskussionen. Heute rangiert die Förderung der Bildungsvoraussetzungen Sprache und Lesen (80 Prozent) praktisch gleichauf mit Sport (78 Prozent) und Förderung von Interessen (76 Prozent). Fast ebenso häufig wird jetzt die Begleitung und Unterstützung des schulischen Lernens als wichtig eingestuft, sei es durch Betreuung und Hilfestellung bei den Hausaufgaben (76 Prozent) oder auch Nachhilfeunterricht, wenn es in der Schule Schwierigkeiten gibt (75 Prozent). Die erkennbare Ausrichtung auf den Schulerfolg sorgt also für ein gesteigertes Bewusstsein für die Bedeutung der Bildungsförderung.

Durch diese Entwicklung erhält die Unterstützung der Schüler durch ihre Eltern besondere Bedeutung. Insbesondere die Hilfe der Eltern beim Lernen und bei den Hausaufgaben gilt heute vielen als unabdingbare Notwendigkeit. Dahinter stehen häufig auch Zweifel, ob die Schulen Kinder ausreichend Wissen vermitteln und sie in ihrer Kompetenzentwicklung fördern. Nur 4 Prozent der Gesamtbevölkerung finden generell, dass das Kind im Unterricht genügend lernen könne, um den Forderungen der Schule gerecht zu werden. 28 Prozent sehen das zumindest für einen Teil der Schulen bzw. für einen Teil der Schülerinnen und Schüler erfüllt. Eine absolute Mehrheit von 60 Prozent ist dagegen überzeugt, dass die Eltern ihre Kinder in der Regel zu Hause beim Lernen oder bei den Hausaufgaben unterstützen müssten, damit diese in der Schule gut mitkommen. Eltern mit minderjährigen Kindern, die diese Situation aus eigener Erfahrung kennen, sehen es nicht grundsätzlich anders. Von ihnen berichten 62 Prozent über die Notwendigkeit, ihre Kinder beim Lernen regelmäßig zu unterstützen (Schaubild 30).



Das heißt nicht, dass die von Eltern als notwendig erachtete Unterstützung für ihre Kinder stets auch den Wünschen der Eltern entspreche. Insbesondere viele Mütter, die solche Aufgaben meist übernehmen, würden sich eine Entlastung wünschen. So klagten bereits 2011 42 Prozent der Mütter von Schulkindern, dass es sie viel Zeit und Kraft kostet, das Kind bei den Hausaufgaben zu unterstützen. Und Mütter, die solche Klagen äußerten, schätzten ihre Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, signifikant häufiger als "nicht so gut" ein als andere (42 gegenüber 29 Prozent).²⁰

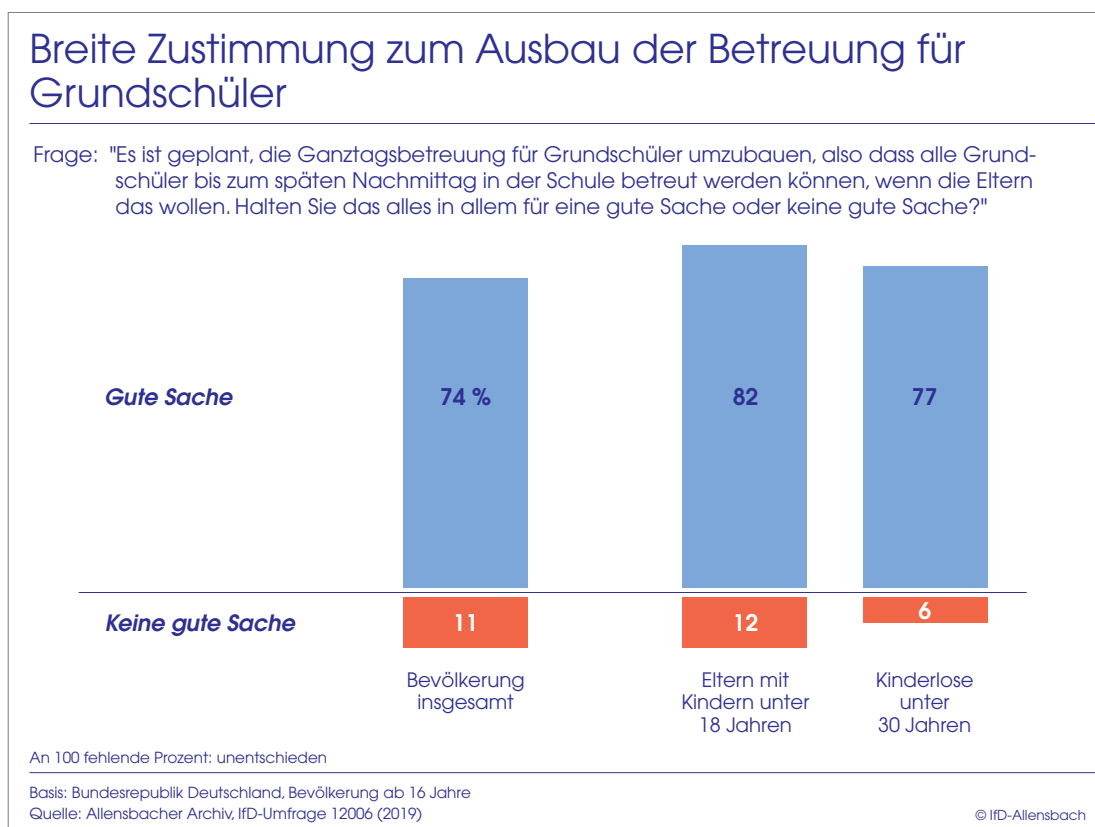
Ein Teil der Eltern fühlt sich durch solche Aufgaben aber auch überfordert. Insbesondere jene, die nur über einfache Bildungsvoraussetzungen verfügen, tun sich oft

²⁰ Mütter von Schulkindern unter 14 Jahren, Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6200 (2011).

schwer. So erklären derzeit etwa 35 Prozent der Eltern aus der einfacheren Schicht mit Kindern in der Grundschule: "Mir fällt es oft schwer, mein Kind beim Lernen zu unterstützen".²¹

Auch mit Blick auf die Förderung wünschen sich deshalb viele den jetzt in Aussicht genommenen Ausbau der Betreuungsangebote für Grundschüler. 74 Prozent der Gesamtbevölkerung und 82 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern betrachten es als "gute Sache", dass "in Zukunft alle Grundschüler bis zum späten Nachmittag in der Schule betreut werden können, wenn die Eltern das wollen". Grundsätzliche Bedenken gegen den Ausbau der Schülerbetreuung melden 11 Prozent der Gesamtbevölkerung und 12 Prozent der Eltern an; 15 bzw. 6 Prozent bleiben unentschieden (Schaubild 31).

Schaubild 31

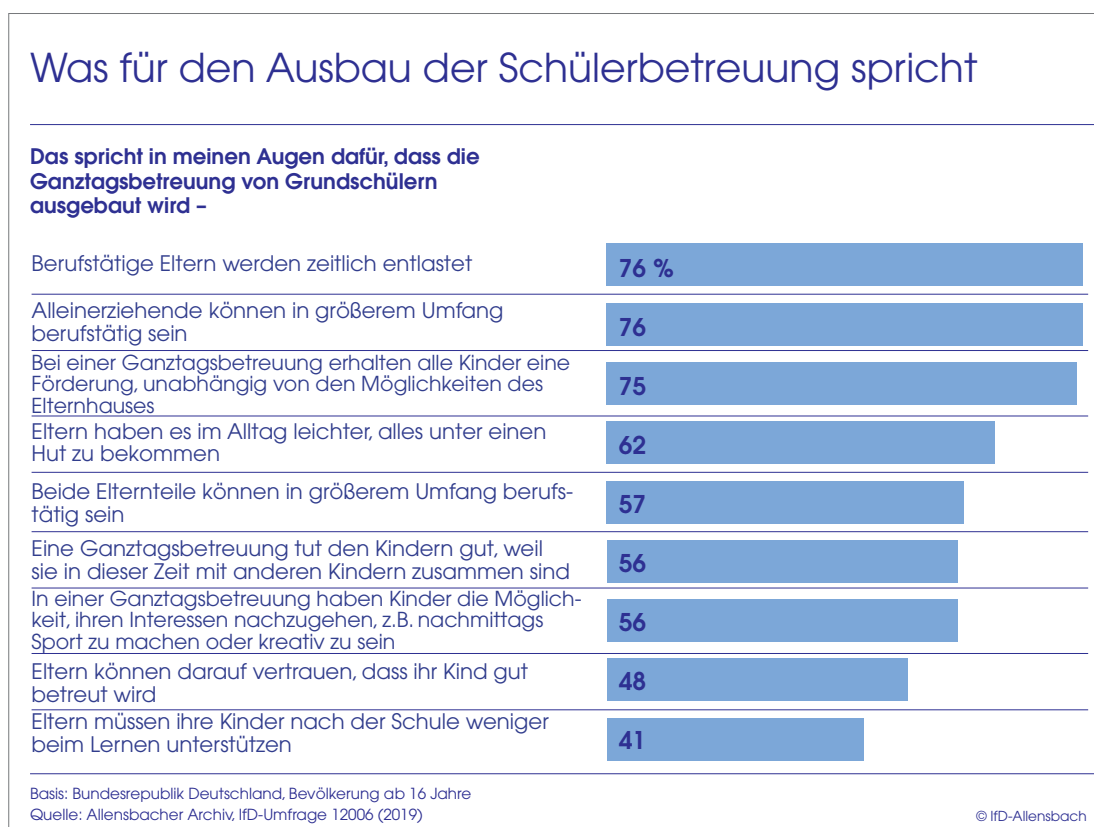


²¹ Institut für Demoskopie Allensbach (2019): *Chancengerechtigkeit für Grundschulkinder*. Allensbach. S.31. Erläuterung der Schicht-Indikatoren, S.38f. <https://www.lidl.de/de/asset/other/chancengerechtigkeit-IfD-Studienbericht.pdf>

Neben den besseren Möglichkeiten zur Förderung der Schülerinnen und Schüler, auch unabhängig von den Möglichkeiten des Elternhauses (75 Prozent), sieht die Bevölkerung noch eine ganze Reihe weiterer Gründe, die für den Ausbau der Angebote sprechen. Vorrangig, von jeweils etwa drei Viertel genannt, stehen der Bevölkerung dabei die zeitliche Entlastung berufstätiger Eltern (76 Prozent) sowie die besseren Möglichkeiten von Alleinerziehenden, berufstätig zu sein, vor Augen (76 Prozent).

Von besseren Betreuungsmöglichkeiten werden zum einen bessere Möglichkeiten für Eltern zur zeitlichen "Synchronisation" von Familie und Beruf erwartet ("alles unter einen Hut zu bekommen", 62 Prozent), und zum anderen - zusätzlich zur Förderung - noch weitere Vorteile für Kinder. Dazu zählt etwa, dass Kinder am Nachmittag mit Gleichaltrigen zusammen sind (56 Prozent), dass sie in dieser Zeit besonderen Interessen nachgehen können (56 Prozent) und während dieser Zeit gut aufgehoben sind (48 Prozent). Erkennbar ist die Negativfolie für diese Vorstellungen das "Schlüsselkind", das am Nachmittag, während die Eltern beide im Beruf arbeiten, ohne besondere Anregung oder Unterstützung allein zu Hause ist (Schaubild 32).

Schaubild 32



DIGITALE UNTERSTÜTZUNG DER FAMILIENFÖRDERUNG

95 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern nutzen derzeit das Internet, darunter 60 Prozent entweder ständig oder zumindest mehrmals täglich.²² Mit Hilfe des Internets werden persönliche Nachrichten verschickt und empfangen, Informationen gesammelt, Bankgeschäfte erledigt, Bewerbungen eingereicht oder Einkäufe gemacht. Auch Recherchen zur Familienförderung werden nicht selten im Internet durchgeführt. Hierzu bieten die Portale staatlicher und privater Träger inzwischen eine Fülle von Informationen. Darüber hinaus werden derzeit die Möglichkeiten zur digitalen Kommunikation mit den Behörden erweitert. Insbesondere soll es in Zukunft möglich sein, auch Anträge auf Familienleistungen über das Internet zu stellen. Nach einer Pilotphase wurde im Juli 2019 das "ElterngeldDigital" in zunächst sechs Bundesländern eingeführt: Eltern können mit digitaler Unterstützung das Elterngeld beantragen. Im Herbst 2019 soll das Angebot weiter ausgeweitet werden.²³

88 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern bewerten derartige Möglichkeiten zur digitalen Antragstellung für Leistungen wie das Elterngeld oder das Kindergeld als große Hilfe für die Familien. Als ebenfalls sehr hilfreich betrachten nicht viel weniger Eltern detaillierte Informationen zu Leistungen und Angeboten für Familien im Internet (80 Prozent).

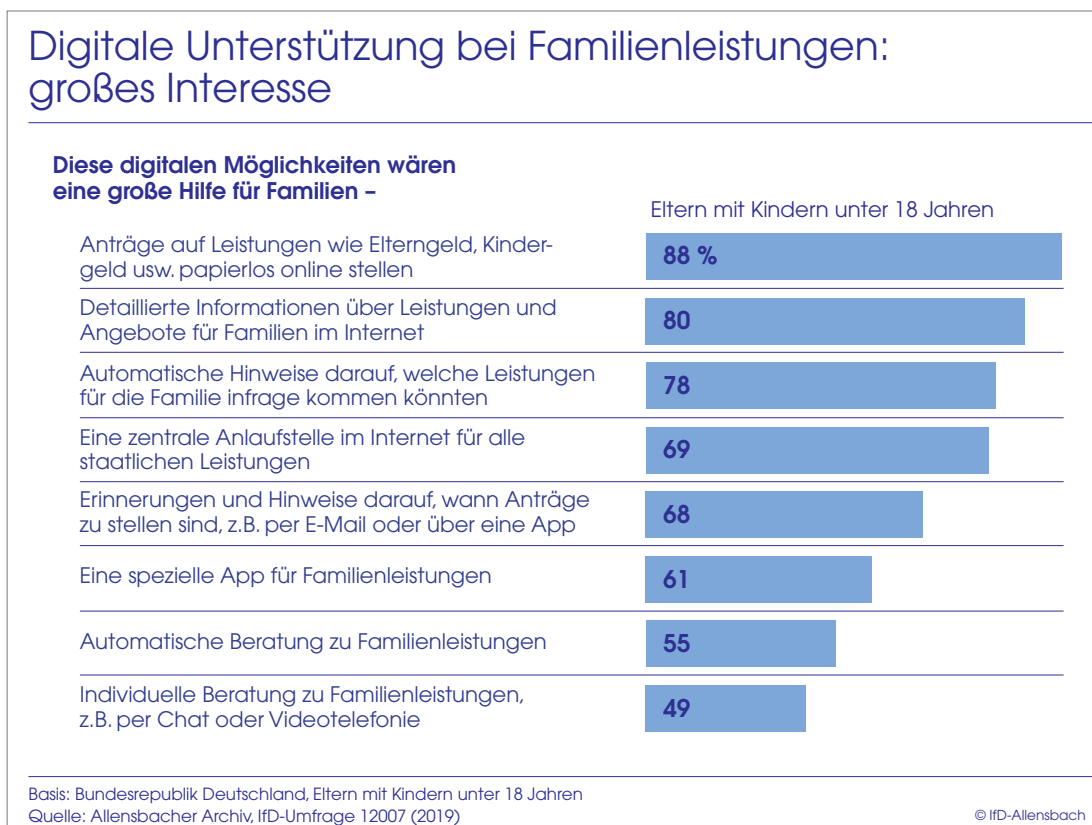
Während es solche Möglichkeiten und Informationen im Internet schon gibt, sind die weiteren abgefragten Möglichkeiten heute eher noch Zukunftsmusik: 78 Prozent fänden automatische Hinweise hilfreich, welche Leistungen für die eigene Familie infrage kommen könnten. Solche Tipps könnten beispielsweise auf weniger bekannte Leistungen wie den Kinderzuschlag hinweisen. Als besonders hilfreich nennen 68 Prozent der Eltern auch automatisierte Erinnerungen und Hinweise per E-Mail oder App, etwa darauf, wann Anträge zu stellen sind. 61 Prozent fänden eine spezielle App für Familienleistungen als gute Unterstützung. Noch etwas mehr Eltern würden ein zentrales Internetportal für alle staatlichen Leistungen als Hilfe empfinden (69 Prozent).

²² *Allensbacher Archiv, AWA 2019.*

²³ *Pressemitteilung des BMFSFJ vom 8.7.2019.*

Etwa die Hälfte der Eltern fände auch spezifische Beratung im Internet hilfreich, sei es als automatische Beantwortung bestimmter Fragen (55 Prozent), sei es als individuelle Beratung zu Familienleistungen durch Behördenmitarbeiter, die im Chat oder per Videotelefonie Auskunft geben (49 Prozent, Schaubild 33).

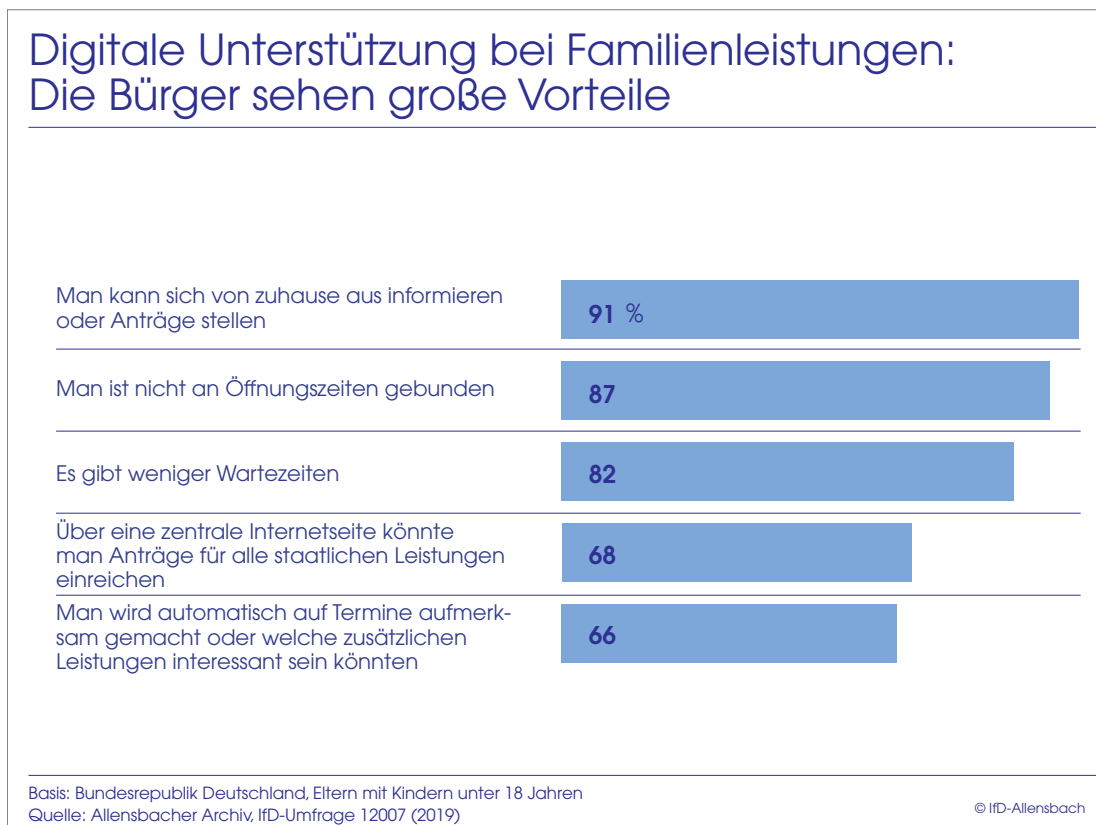
Schaubild 33



Die Vorteile solcher Angebote werden vorrangig in der Zeitersparnis und in der Vereinfachung der Behördenkontakte gesehen. 91 Prozent der Eltern minderjähriger Kinder verweisen dazu auf die Möglichkeit, ohne Behördengänge Anträge stellen oder Informationen einholen zu können. Damit entfällt auch die Notwendigkeit, sich an eingeschränkte Öffnungszeiten zu halten (87 Prozent) oder in der Behörde zu warten (82 Prozent). Anders als bei längeren telefonischen Weiterleitungen landet man sofort bei den Zuständigen (63 Prozent). Zudem könnten die staatlichen Regelungen und Angebote leichter in verschiedenen Sprachen erklärt werden (41 Prozent).

Rund zwei Drittel der Eltern empfänden es als Vorteil, wenn man alle Anträge für staatliche Leistungen über eine einzige Internetseite einreichen könnte (68 Prozent). Auch automatisierte Hinweise, etwa auf Termine, gälten rund zwei Dritteln als Vorteil denkbarer Digitalangebote (66 Prozent). Nicht ganz kleine Gruppen bewerten es als vorteilhaft, ohne persönliches Erscheinen Leistungen beantragen zu können (43 Prozent) bzw. bei der Antragstellung keine persönlichen Gespräche führen zu müssen (34 Prozent). Gerade bei Leistungen, deren Bezug manche nur ungern eingestehen, böte die eher unpersönliche Antragstellung im Internet Vorteile (Schaubild 34).

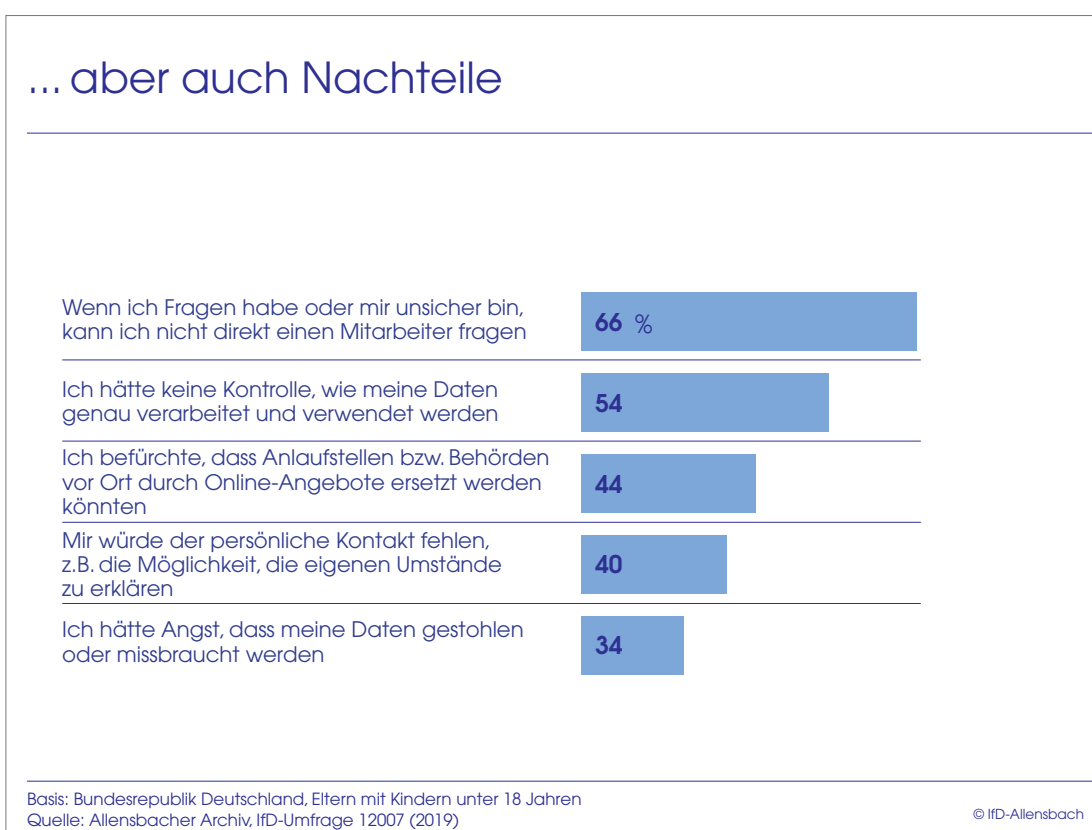
Schaubild 34



Was in solchen Sonderfällen ein Vorteil sein kann, ist für viele aber zugleich auch ein Nachteil: Rund zwei Drittel der Eltern minderjähriger Kinder betrachten die eingeschränkte Möglichkeit zu persönlichen Nachfragen als nachteilig (66 Prozent). Auch das Wegfallen der Möglichkeit, die eigenen Umstände in persönlichem Kontakt zu erklären (40 Prozent) und die Ersetzung von Anlaufstellen vor Ort durch Online-Angebote (44 Prozent) würden viele bedauern.

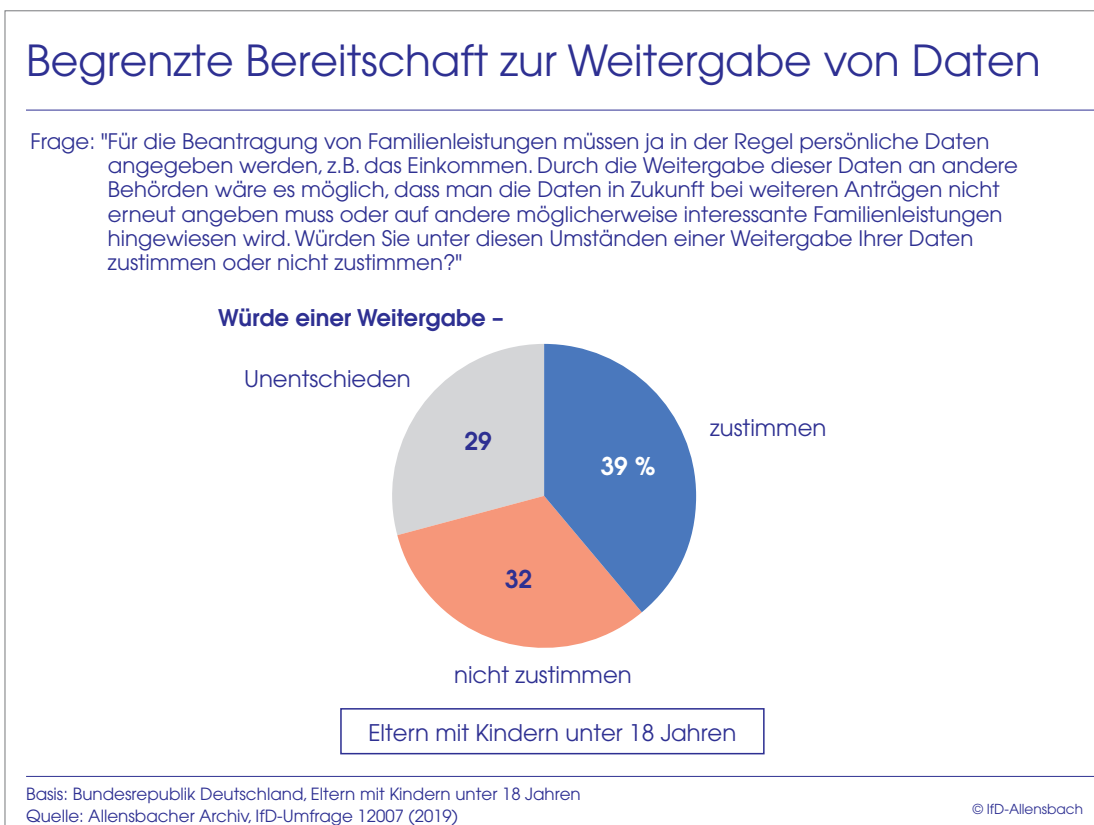
Überraschenderweise wird ein Diebstahl oder ein Missbrauch der Daten nur von etwa einem Drittel der Eltern befürchtet (34 Prozent). Weitaus häufiger äußern Eltern aber die Besorgnis, bei einer Online-Angabe nicht kontrollieren zu können, wie die eigenen Daten verarbeitet und verwendet werden (54 Prozent, Schaubild 35). Offensichtlich sind solche Befürchtungen vor einer unberechtigten Weitergabe geringer, wenn Anträge handschriftlich bzw. an persönliche Ansprechpartner abgegeben werden. Dieser verbreiteten Unsicherheit müssten mögliche Online-Angebote Rechnung tragen.

Schaubild 35



Dementsprechend wäre nur ein Teil der Eltern damit einverstanden, dass ihre persönlichen Daten auch an andere Behörden weitergeben werden. Immerhin 39 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern würden dem zustimmen, etwa um gegenüber den Behörden nicht immer aufs Neue die gleichen Angaben machen zu müssen oder um auf möglicherweise zustehende Familienleistungen aufmerksam gemacht zu werden. 32 Prozent würden nicht zustimmen; 29 Prozent bleiben unentschieden, würden ihre Zustimmung oder Ablehnung also wahrscheinlich von der konkreten Situation abhängig machen (Schaubild 34). Eltern mit einfacher Bildung und kleineren Einkommen, die durch Hinweise auf "passende" Leistungen eher etwas zu gewinnen haben, wären für solche Datentransfers etwas aufgeschlossener als andere.

Schaubild 34



ANHANG

Anhangschaubilder

Untersuchungsdaten der Umfrage 12007

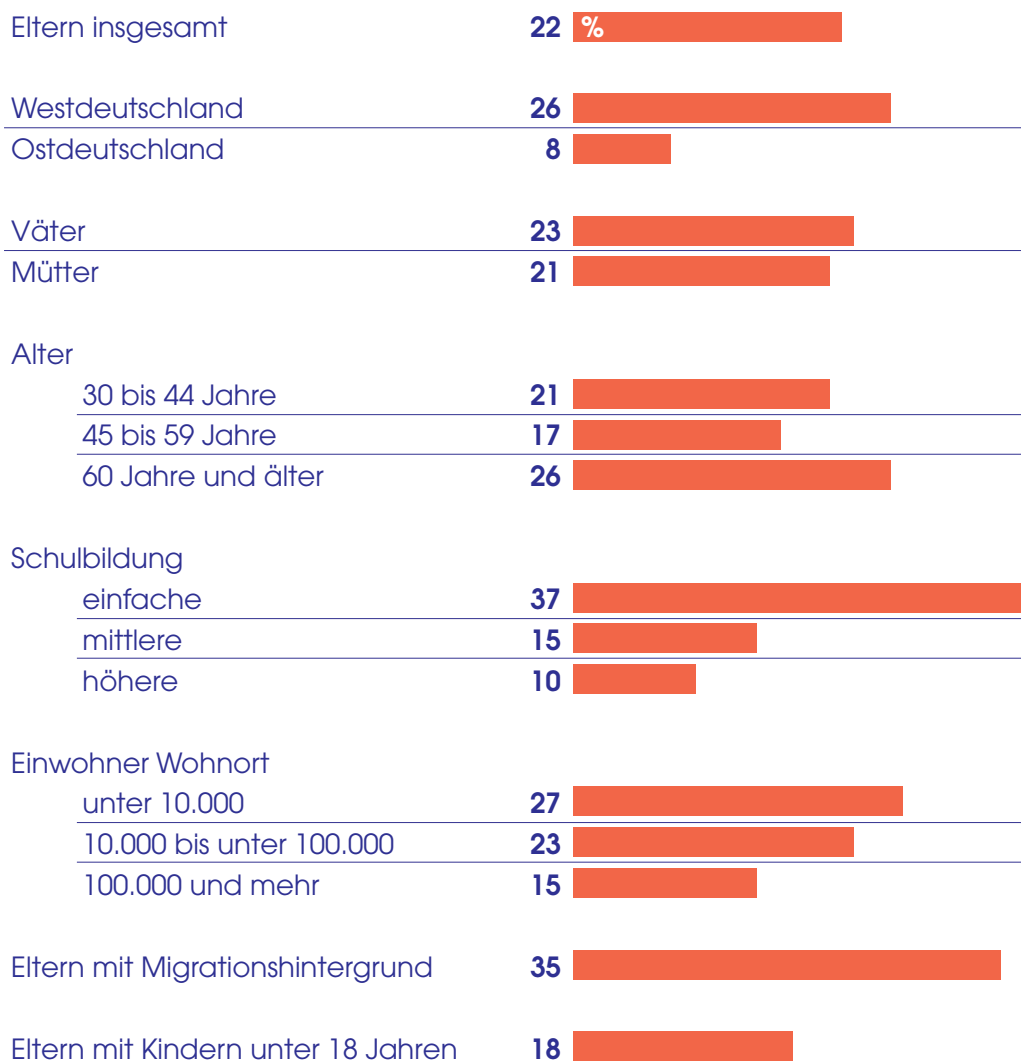
Statistik der befragten Personengruppen

Dokumentation der Schaubilder zum Starke-Familien-Gesetz
und zum Elterngeld im Interview

Wer sich das Alleinverdienermodell wünscht

In dieser Familienform würde ich am liebsten leben:

Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau kümmert sich um Kinder und Haushalt



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12006 (2019)

© IfD-Allensbach

Wünsche nach mehr Zeit: zum Teil unterschiedliche Wünsche von Müttern und Vätern

Dafür hätte ich gern mehr Zeit - Auswahl -	Eltern mit Kindern unter 18 Jahren		
	insgesamt %	Väter %	Mütter %
Meine Kinder	68	67	68
Mich selbst	64	54	74
Meinen Partner, meine Partnerin	56	64	47
Urlaub, Reisen	50	53	47
Andere Hobbys und Freizeitbeschäftigungen	42	50	34
Schlaf	36	33	39
Lesen	30	23	37
Den Haushalt, den Garten	25	21	30
Ehrenamtliches Engagement	12	9	15

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12006 (2019)

© IfD-Allensbach

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: West 943 Personen
Ost 319 Personen
Insg. 1262 Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Die Auswahl erfolgte disproportional für die alten und die neuen Bundesländer, der Osten wurde mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 386 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 2. bis 15. August 2019 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12.007

STATISTIK

der in der Umfrage 12.007 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	<u>Umfrage</u> <u>August 2019</u>	<u>Amtliche</u> <u>Statistik (*)</u>
	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>		
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13
Baden-Württemberg	13	13
Bayern	16	16
Berlin	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>		
unter 5.000 Einwohner	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>		
Männer	49	49
Frauen	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>		
16 - 29 Jahre	17	17
30 - 44 Jahre	20	20
45 - 59 Jahre	28	28
60 Jahre und älter	35	35
	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der
amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2018

STATISTIK

der in der Umfrage 12.007 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Umfrage August 2019	Amtliche Statistik (*)
	%	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>		
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	62
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100
<u>BERUFSKREISE (**)</u>		
Arbeiter	11	11
Angestellte	42	42
Beamte	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>		
Verheiratet zusammenlebend	50	50
- Männer	25	25
- Frauen	25	25
Ledig	32	32
Verwitwet	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>		
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit		
- 1 Person	24	24
- 2 Personen	40	40
- 3 Personen	17	17
- 4 Personen	15	14
- 5 und mehr Personen	<u>4</u>	<u>5</u>
	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2018

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

BILDBLATT 4

Starke-Familien-Gesetz

- Der Kinderzuschlag wird von derzeit maximal 170 Euro auf maximal 185 Euro pro Monat erhöht (Den Kinderzuschlag erhalten Familien mit kleinem Einkommen als eine Art Zuschuss zum Kindergeld, um das Existenzminimum des Kindes zu sichern)
- Mehr Familien, insbesondere Alleinerziehende, haben künftig Anspruch auf den Kinderzuschlag
- Wenn Eltern ein etwas höheres Einkommen erzielen, fällt der Kinderzuschlag nicht mehr vollständig weg, sondern verringert sich nach und nach
- Wer den Kinderzuschlag erhält, hat künftig auch Anspruch auf kostenlose Kita-Betreuung, kostenloses Mittagessen in Kita oder Schule, kostenlose Schülerfahrkarten, stärkere finanzielle Unterstützung bei Schulbedarf, kostenlose Nachhilfe

BILDBLATT 3

Das Elterngeld ...

- bekommen Mütter und Väter, wenn sie nach der Geburt eines Kindes wegen der Betreuung des Kindes weniger arbeiten oder ihre Berufstätigkeit unterbrechen
- wird nach der Geburt für 14 Monate gezahlt, wenn beide Elternteile Elterngeld beziehen, bzw. für 12 Monate, wenn nur ein Elternteil Elterngeld bezieht. Die Eltern können sich die Monate aufteilen
- kann auch für einen längeren Zeitraum, dann in geringerer Höhe, bezogen werden (bis zu 24 Monate; ElterngeldPlus). Eltern, die parallel in Teilzeit arbeiten, erhalten vier zusätzliche Monate (Partnerschaftsbonus)
- beträgt in der Regel zwei Drittel des letzten Nettoeinkommens, höchstens 1.800 Euro pro Monat, mindestens 300 Euro. 300 Euro erhalten auch Eltern, die vorher nicht erwerbstätig waren